

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2 60 Pf.
(haben 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Beitragung 4,32 Pf. einschließlich 60 Pf.
Beitragungs- und 72 Pf. Postbeiträge
für den Auslandbezug 6.- Pf.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckschiffporto 5.- Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich einmal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Soll und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzeln. Kopierpreise 50 Pf.
Kopierpreis 5.- Pf. „Kleine An-
zeigen“ das letzte Blatt 20 Pf.
jeweils zwei letzte Blätter, jedes
weiter Blatt 12 Pf. Rabatt 4. Teil.
Stellungsgebühr das erste Blatt 15 Pf.,
jedes weitere Blatt 10 Pf. Monats-
13 Wochen zahlen für zwei Blätter,
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftsbüro, wochent-
täglich von 9 bis 12 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Übernahme nicht geordneter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkschekkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Et. B. u. Disk.-Ges., Depotk. J. Jerusalemstr. 60/61.

Die Partei kampfbereit!

Beschlüsse des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion.

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß trat Dien-
stag vormittag mit den Vertretern der befreundeten Organi-
sationen zu einer Sitzung zusammen, in der die notwendigen
Maßnahmen im Kampf gegen die Demagogie und
den Terror der Nationalsozialisten ausführlich besprochen
wurden. Die Berichte aus den Bezirken ergaben überein-
stimmend, daß der Kampfwille der Parteigenossen über-
all durch die Herausforderungen des Hakenkreuztreibens aufs
äußerste gesteigert ist. Dieser Kampfwille wird sich in einer
gemeinsamen Front mit den Gewerkschaften, dem
Reichsbanner und den Sportorganisationen noch wirksamer
betätigen können. Die Tagung war beherrscht von der Ueber-
zeugung, daß es dieser geschlossenen Front der sozialistischen
und republikanischen Massenorganisationen gelingen wird,
den Faschismus auf seinem Wege zur Macht nicht nur auf-
zuhalten, sondern zurückzuwerfen und zu schlagen.

Im Anschluß an die Sitzung des Parteiaussschusses wurde
eine gemeinsame Tagung der Reichstagsfraktion mit dem
Parteiaussschuß abgehalten. Der Vorsitzende der Fraktion,
Genosse Dr. Brauns, sprach über die politische Ge-
samtsituation und berichtigte über die Arbeiten des Fraktions-
vorstandes. Die mehrstündige Aussprache ergab voll-
ständige Einmütigkeit in der Beurteilung der überaus
ernsten Lage und in der Entschlossenheit, den Kampf
gegen Faschismus und soziale Reaktion mit
dem Einsatz aller politischen und organisatorischen Kräfte zu
führen.

Für die weitere Arbeit der Fraktion wurden folgende
Richtlinien aufgestellt und einstimmig gebilligt:

Die heftigsten Dokumente haben die außerordentliche Gefahr der
nationalsozialistischen Staatsfeindschaft aufs neue enthüllt.

**Die Republik, die Verfassung, die politische Freiheit,
die persönliche Sicherheit, die Fortführung jeder
geordneten Wirtschaft sind bedroht.**

Die sozialdemokratische Fraktion anerkennt das energische Vorgehen
der preussischen und heftigsten Regierung. Sie fordert aber von der
Reichsregierung, daß auch sie endlich mit Klarheit und Zielbewußtsein
den Kampf zum Schutze der Verfassung aufnimmt und ihn als ihren
Organen zur obersten Pflicht macht. Die Politik der sozialdemokra-
tischen Fraktion dient der Aufrechterhaltung der Demo-
kratie und der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft.

Der Erfolg dieser Politik würde aber in Frage gestellt, wenn
eine unentschiedene Haltung der Reichsregierung die
Gefahren für die Aufrechterhaltung der Verfassung vergrößert und
ihre Bekämpfung erschwert.

Kampf der Verschönerung der Wirtschaftskrise erneuert die
sozialdemokratische Fraktion ihr Verlangen, alle Kräfte zur Ueber-
windung der Krise einzusetzen. Der internationale Charakter der
Krise macht Maßnahmen internationaler Verständigung und Zu-
sammenarbeit unerlässlich. Weder nationalstiller Vörm noch
militaristisches Aufrüstungsgerade dürfen der klaren Verfolgung
einer Außenpolitik der Verständigung im Wege stehen. Zur Er-
möglichung dieser Politik fordert die Sozialdemokratie auch von den
auswärtigen Mächten Verständnis für die außerordentliche Schwere
der Wirtschaftskrise und für den furchtbaren Druck unter dem die
arbeitenden Massen in Deutschland stehen. Dauernde Erleichterung
der ausländischen Zahlungen, völlige Entlastung der deutschen Wirt-
schaft, solange die ökonomische Depression herrscht, Wiederherstellung
der deutschen Kreditfähigkeit durch ein angemessenes Uebereinkommen
mit den privaten Gläubigern, Verständigung über die immer gefähr-
licher werdenden Maßnahmen einer hemmungslosen Hochschulzoll-
politik sind die Voraussetzungen jeder Krisenbekämpfung.

In der inneren Wirtschaftspolitik fordert die Sozialdemokratie
von der Regierung die Durchführung ihres immer wieder an-
geforderten

**Vorgehens gegen die überhöhten monopolistischen
Preise.**

Der Abbau von Hochschulzöllen für Lebensmittel und Vorprodukte
der verarbeitenden Industrie, die Beseitigung der Preisbindungen
der zweiten Hand, die Herabsetzung der Kartellpreise, die ständige
Ueberwachung der monopolistischen Preispolitik durch ein Kartellamt
sind notwendig zur Auflockerung erstarrter Preise, zur Anregung der
Umsätze und zur Belebung des Konsums. Die Wirkung der Preis-
senkung würde aber durch einen neuen Lohnabbau völlig aufgehoben
werden. Denn dieser würde die heilende Wirkung einer Stärkung
der Massenkaufkraft von vornherein wieder unterbinden. Deswegen

**Ichnt die sozialdemokratische Fraktion im engsten
Einberufenen mit den Gewerkschaften neue Lohn-
und Gehaltsenkungen ab.**

Sie fordert von der Regierung die Erfüllung ihrer Zusage, das
kollektive Arbeitsrecht unangezweifelt zu lassen und die Durchführung
des Beschlusses des Reichstages, der die Aufrechterhaltung des Tarif-
rechts fordert.

Jede Verminderung des Reallohnes bedeutet eine neue Ver-
schärfung der Krise. Lohnsenkung würde technisch und organisatorisch
rückständige Betriebe auf Kosten der Arbeiter nur länger am Leben
erhalten, und so die Selbstreinigung der Krise verzögern. Sie würde
die Nachfrage in den Konsummittelindustrien vermindern, ohne die
Nachfrage in den Produktionsmittelindustrien mit ihrer erhöhten
Kapazität zu steigern. Die Behauptung des deutschen Fertigwaren-
exports auch während der Krise hat bewiesen, daß die deutsche
Industrie auf dem Weltmarkt durchaus konkurrenzfähig ist. Den
Wirkungen der Währungsirren und der neuen hoch-
schulzöllnerischen Abwehrmaßnahmen durch Lohnsenkungen begegnen
zu wollen, ist eine Utopie und ebenso dilettantisch wie gefährlich.
Denn jede neue Lohnsenkung würde durch neue Lohnmaßnahmen
beantwortet werden. Nur handelspolitische Verständigung, nicht
aber deutsches Lohndumping kann hier einen Ausweg
bringen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat die Aufrechterhaltung des
Gleichgewichts in allen öffentlichen Finanzen immer für notwendig
angesehen. Die neue Finanzsanierung, die die Krise erforderlich
macht, muß sich aber streng auf die Ausgleichung der Fehlbeträge
beschränken und darf nicht zu neuen Subventionen mißbraucht
werden. Dabei muß die Reichshilfe für Länder und Ge-
meinden so gestaltet werden, daß ein Zusammenbruch ihrer
Finanzen verhindert und die Unterstützung der Wohlfahrtsverwal-
tungen gesichert wird.

**Solange die Krise andauert, bleibt die Versorgung
ihrer Opfer die erste soziale Pflicht.**

Deshalb dürfen neue Sanierungsmaßnahmen nicht zu weiterem
Sozialabbau führen, das Reich muß besonders Maßnahmen treffen,
um den notleidenden Landesversicherungsanstalten der Invaliden-
versicherung die Flüssigmachung ihrer Anlagen zu ermöglichen. Die
zusätzliche Versorgung der Arbeitslosen und Rentenanwärter mit
Kohle, Fleisch und Kartoffeln, um sie gegen Hunger und Kälte zu
schützen, muß unermüßlich durchgeführt werden.

Die Wirtschaftskrise hat alle Widersprüche der kapitalistischen
Gesellschaft aufs äußerste gesteigert. Unenträglich wirkt auf die
Arbeitermassen die Erfahrung, daß in der kapitalistischen Gesellschaft
ungeheuer anwachsender Reichtum immer wieder

lehrend Massenelend und Massennot erzeugt. Immer
schwächer aber auch wird die Verteidigung des kapitalistischen
Systems, und ihren Trägern bleibt als letzte Hoffnung nur noch die
Auslieferung der Massen an die faschistische und nationalsozialistische
Demagogie. So wächst der Kampf um die Erhaltung der Demokratie
und um den Aufbau des Sozialismus immer mehr zu einer Einheit
zusammen.

**Um ihren Kampf erfolgreich führen zu können, bedarf
die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Unter-
stützung aller Arbeiterorganisationen.**

Dem es gilt jetzt auch außerhalb des Parlaments durch
Abwehr allen Terrors und aller Einschüchterungsversuche die Grund-
lage zu behaupten, auf der die parlamentarische Vertretung ihre
Aktionen durchführen kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiaus-
schuß erteilen der Partei- und Fraktionsleitung Handlungs-
freiheit im Sinne der vorstehenden Darlegungen mit der Maß-
gabe, daß die Fraktion nach dem Bekanntwerden der Rotverordnung
sofort zu erneuter Stellungnahme zusammentritt.

Ueber den Inhalt der neuen Rotverordnung
der Reichsregierung fanden auch am Dienstag wieder Ver-
handlungen innerhalb der Regierung statt. Mit der Fertig-
stellung dieser Verordnung bis Ende dieser Woche ist jedoch
kaum zu rechnen. Daher wird der Plan erwogen, den Teil
der Rotverordnung, der sich mit der Sanierung der öffent-
lichen Haushalte beschäftigt und der für die Baseler Verhand-
lungen von besonderer Bedeutung ist, vorweg zu verabschieden.

Entsprechend dem Auftrag, den die sozialdemokratische
Reichstagsfraktion ihrem Vorstand in der Dienstagssitzung erteilt
hat, sofort mit der Regierung über den Inhalt der Rot-
verordnung zu verhandeln, werden am Mittwoch oder
Donnerstag solche Besprechungen mit dem Reichskanzler
Dr. Brüning stattfinden. Dabei dürfte mit aller Deutlichkeit
das Verlangen der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht
werden, daß die Reichsregierung sowohl den Kampf gegen
den faschistischen Terror energischer als bisher führt,
daß aber auch bei der Rotverordnungslosigkeit weitgehende
Rücksicht auf die schwere Notlage der breiten
Volksschichten, insbesondere durch Verzicht auf den Lohn- und
Sozialabbau genommen werden muß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unmittel-
bar nach dem Erlass der Rotverordnung wieder zusamen-
treten. In dieser Sitzung wird dann auch entschieden werden,
ob die Sozialdemokratie einen sofortigen Zusammen-
tritt des Reichstags für notwendig hält.

Hitler rückt von Best ab.

Die heftigste Fraktion desorganisiert.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit:
Der Untersuchungsausschuß und Schlichtungsausschuß der Reichs-
leitung der NSDAP. hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr.
Best, von Davidson, Stasinoga und Waffung bis
zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder
parteilichem Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellung-
nahme in dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchungs-
und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung bis nach der Entscheidung des
Oberreichsanwaltes vor.

Der neugewählte heftigste Landtag tritt am 8. Dezember

Heute abend

große republikanische Massenkundgebung im Sportpalast!

zusammen. Die siegreiche Fraktion der Nationalsozialisten
befindet sich jetzt schon in einem unbeschreiblichen Zustand.
Ihre Führer sind entweder ausgeschloffen, wie Dr. Schäfer,
oder von jeder parteiamtlichen Tätigkeit entbunden wie Best,
Davidson, Stasinoga und Waffung. Andere, die auf der
Naziliste gewählt sind, werden von der Parteiführung nicht
mehr anerkannt!

So sieht es aus, wo die Nazi siegen! So beginnt das
Dritte Reich!

Die Reichsleitung in München begehrt übrigens durch ihr
Abrücken von Best einen Akt der Feigheit, der sich an
ihr selber schwer rächen muß. In den Best und Spießgesellen,
die doch Fleisch von ihrem Fleisch, Geißt von ihrem Geißt sind,
verleugnet sie sich selber.

Dictator Hugenberg.

Erweiterung seiner Vollmachten beantragt.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Der Parteivorstand
der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Dienstag, dem 1. De-
zember 1931 eine Sitzung ab, die der Vorbereitung der Partei-
vertretertagung und der Beratung über die politische Lage galt.
Durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Potsdam 1 wurde fol-

gender Antrag zu den Verhandlungen der Parteiverzehrung gestellt.

In die Parteiverzehrung wird als besonderer Artikel eingefügt: „Dem Parteivorstand wird hierdurch die Vollmacht verliehen, in Abmahnung von den Satzungen, soweit es im Interesse der Partei und ihrer Ziele erforderlich erscheint, Anordnungen zu treffen, die für alle Organe der Partei verbindlich sind. Beim Erlaß solcher Anordnungen muß auf diesen Artikel Bezug genommen werden.“

Die Beratungen, die in später Abendstunde schlossen, werden am Mittwoch, dem 2. Dezember, in der Parteiverzehrung, die für die endgültige Annahme der Satzungsänderungen zuständig ist, fortgesetzt werden.

Eine unglückliche Gründung.

Der Parteiaussschuß über Hörings neue Zeitung.

Der Parteiaussschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung, über die an anderer Stelle berichtet wird, auch mit dem „Deutschen Volksturier“, der neuen Tageszeitung, deren Herausgabe durch den Genossen Höring allgemein lebhaft verurteilt wurde. Es wurde festgestellt, daß die Herausgabe nicht mit Zustimmung der Bundesleitung des Reichsbanners erfolgt. Der Parteiaussschuß erwartet, daß der Parteivorstand die Geschlossenheit der Partei auch gegen Hörings Vorhaben mit derselben Entschiedenheit verteidigen wird wie es gegen die SA. geschehen ist.

Moral der Wirtschaftsführer.

Herr von Stauß „lann“ im Favag-Prozess nicht erscheinen. Die Sondervergütungen.

Der Montag war „großer Tag“ im Favag-Prozess, weil „Prominente“ zeugen und gutachten sollten. Aber der erste Prominente, Ritter von Stauß, war nicht erschienen. Er hatte sich entschuldigt mit Arbeitsüberlastung als Bankdirektor und als Mitglied des Reichstages. Von der Verteidigung wurde nämlich der Bankdirektor Fehr (auch D.D.-Bank) gefragt, ob es richtig sei, daß von Stauß einmal junge Farben-Aktien so abgerechnet wurden, daß die Bank dadurch einen Verlust von 40 Proz. erlitt. Fehr konnte nur ungenügend antworten. Neue Beweisanträge waren wegen der Abwesenheit des Herrn von Stauß die Folge.

Direktor Fehr konnte nicht bestreiten, daß die Beteiligung von Vorstandsmitgliedern an Aktienemissionen als Sondervergütung üblich sei.

Sehr auffällige Mitteilungen machte der Generaldirektor der Allianz, Schmitt. Im Versicherungsgeschäft in den Hansestädten Hamburg und Bremen sei es üblich, daß die Direktoren von Versicherungsgesellschaften zugleich Vermittler für 10 bis 15 andere Gesellschaften seien. Das habe schon oft zu Mißständen geführt, und er, Schmitt, würde in seinem Konzern so etwas nie dulden. Diese Mitteilungen werfen auf den „kaufmännischen Geist“ der hanseatischen Versicherungsdirektoren ein bezeichnendes Licht.

Schließlich gaben die Sachverständigen, die Professoren der Betriebswirtschaftslehre Kalleraum und Walb, ihre Gutachten ab. Kalleraum verurteilte die Handlungen der Angeklagten, die eine wichtige Ursache des Zusammenbruchs der Favag gewesen seien. Wenn er aber sagte, daß er sich durch Befragen von Führern der Industrie überzeugt habe, daß Tarifmazzalagen auf stille Reserven ganz unbekannt wären und streng abgelehnt wurden, so muß man sich wundern. Ist Befragen einzelner und uninteressierter Leute eine wissenschaftliche Feststellung? Vor allem aber haben die wichtigsten Zeugen (Sobernheim, Bodenheimer) das genaue Gegenteil gesagt. Sein Kollege Walb kam denn auch zu der Feststellung, daß Sondervergütungen „keine ganz fremde Erscheinung in der deutschen Wirtschaft“ seien. Sie seien auch bis zu einem gewissen Grade berechtigt als besonderer Ansporn für die Generaldirektoren!

Es bleibt also dabei: Sonderzahlungen sind, wenn nicht allgemein, so doch häufig. Direktoren brauchen mit Gehalt und Lantimen nicht zufrieden zu sein!

Zollverordnung mit Art. 48.

Fast unbeschränkte Vollmachten für die Regierung.

Durch eine neue Rotverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident die Reichsregierung ermächtigt, „im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses“

1. die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern;
2. die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

Die Verordnung, die am Tage ihrer Verkündung in Kraft tritt, soll die Möglichkeit schaffen, in laufenden oder noch bevorstehenden Zollverhandlungen einen Schutz gegen Dumpingversuche aufzurichten.

Der Kronzeuge.

Wegen Unterschlagung vom Reichsbanner ausgeschlossen — jecht SA!

Hannover, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Reichsbanner hat am Dienstag gegen einen der Hauptbelastungszeugen in dem gegen mehrere Reichsbannerleute geführten Strafprozess Anzeige wegen Meineids erstattet. Der Nazimann war vor einigen Jahren aus dem Reichsbanner ausgeschieden worden, weil er Geld unterschlagen hatte. Im Verlauf des Prozesses wagte er, die Unterschlagung unter Eid zu bestreiten. Trotzdem wurden die Reichsbannerkameraden besonders auf Grund der Ausfagen dieses Kronzeugen verurteilt.

Als die Reichsbannerleute vom Gericht kamen, wurden sie von Angehörigen der SA verfolgt. Es kam zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf ein Unbeteiligter, ein freigewerkschaftlich organisierter Metallarbeiter, einen schweren Schädelbruch erlitt und ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Drei Personen wurden leichtverletzt. Die Polizei verhaftete vier Reichsbannerleute und zwei Nazis.

Der bekannte Staatsrechtler und Ministerialdirektor bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin Dr. Pöschel-Heffter, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Staatsrecht an der Kaiser-Universität angenommen. Er wird voraussichtlich zu Beginn des Sommerhalbjahres aus dem sächsischen Staatsdienst ausscheiden.

Goldene Tage für Feinde der Republik.

Seldte und Duesterberg freigesprochen. — Auch Goebbels darf schimpfen.

Die 2. Große Strafkammer des Landgerichts I fällt gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Toll als Berufungsinstanz gegen die Stahlhelmführer Seldte und Duesterberg und den Redakteur des „Stahlhelm“, Kleinau, ein freisprechendes Urteil, das sich würdig dem freisprechenden Urteil gegen den Bundeskanzler des Stahlhelms, Wagner, anreihet. In der ersten Instanz waren Seldte und Duesterberg wegen gemeinschaftlichen Vorgehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik (Verächtlichmachung der verfassungsmäßig festgestellten Staatsform) zu je 800 Mark Geldstrafe, Kleinau zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Duesterberg und Seldte hatten am 18. Januar d. J. zur 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages in der Zeitschrift „Stahlhelm“ einen schwarzrotumrandeten Aufruf der Bundesführung „Kampf dem Zwischenreich“ erscheinen lassen. Es hieß darin u. a.:

„Seit dreizehn Jahren lebt das deutsche Volk im nichtdeutschen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus. Diesem, das die völkische, sittliche und kulturelle und auch die wirtschaftliche Grundlage der deutschen Nation völlig zu zerstören droht, hat ihr ihr den Kampf angelagt, um aus dem Geist der Frontkameradschaft und der Volksgemeinschaft das wahre Deutsche Reich und die Nation erstehen zu lassen.“

Das Gericht erster Instanz erblide in diesen Sätzen eine beabsichtigte und böswillige Beleidigung der Republik und eine ungeheure Kränkung und Verächtlichmachung.

In der gestrigen Berufungsverhandlung verteidigten sich die Angeklagten, indem sie erklärten, sie hätten bloß den Marxismus angegriffen, nicht aber die verfassungsmäßige republikanische Staatsform.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Laut § 5 des Republikstrafgesetzes wird derjenige bestraft, der die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform beschimpft und verächtlich macht. Voraussetzung der Bestrafung ist, daß diese Beschimpfung beabsichtigt und böswillig ist. Das Reichsgericht habe festgelegt, daß unter dem Begriffe der republikanischen Staatsform die deutsche Republik zu verstehen sei, wie sie sich auf der Grundlage der Verfassung tatsächlich entwickelt hat und betätigt. Voraussetzung dafür, daß eine in der Behauptung schimpflicher Tatsachen oder in einem abfälligen Werturteil tatsächlicher Art bestehende Gedankäußerung als Beschimpfung oder Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform verurteilt werden kann, sei allerdings, daß sie geeignet ist, die Vorstellung hervorzurufen, es hätten die Tatsachen, die den Gegenstand des Angriffs bilden, in irgendwelchem Sinn ihre Wurzel in der gegenwärtigen Staatsform. Der Aufruf stelle einen Angriff dar; einen Angriff gegen den Marxismus, nicht aber einen Angriff auf die Republik. Die Angeklagten waren deshalb freizusprechen.

Wenn das keine Beschimpfung der Republik war, was ist dann noch eine Beschimpfung? Das Reichsgericht wird zu entscheiden haben, ob dieses Urteil und diese Begründung dem Geiste der vom Gericht zitierten Reichsgerichtsentscheidung entspricht.

Die „marxistische Pest“.

Das ist keine allzu schwere Beleidigung gegen Beamte — sagt ein Berliner Gericht!

Goebbels war von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte entsprechend dem Strafbefehl 300 M. beantragt. In der gestrigen Berufungsverhandlung vor der 2. großen Strafkammer hatte R. A. Kamele — Dr. Goebbels selbst war nicht anwesend — einen mächtigen Zeugenapparat aufgebaut, um einen Freispruch zu erlangen.

Am 19. September d. J. fand im Kriegervereinshaus eine Versammlung der Nazis statt, in der Dr. Goebbels wieder einmal redete. Nach Schluß der Versammlung wurden dem „Führer“ wie immer „Ovationen“ dargebracht. Ein SA-Mann in Uniform wurde von der Polizei zwangsgestellt und auf die Wache Nr. 4 in der Chausseestraße gebracht. Goebbels erschien höchstpersönlich in Begleitung einiger Parteigenossen, darunter auch des Dr. Köpelmann, auf der Wache und forderte in dem ihm eigenen Befehlston die Polizeibeamten auf, den zwangsgestellten SA-Mann freizugeben. Er erhielt zur Antwort, daß laut Verfügung der Zwangsgestellte ins Polizeipräsidium eingeliefert werden müsse. Ungehalten über seinen Mißerfolg sagte Goebbels mit einer Handbewegung zum Beamten: „es wird ja bald Zeit, daß es anders wird; diese marxistische Pest wird auch hier verschwinden“. Der Beamte fühlte sich durch diesen Ausspruch beleidigt.

In der gestrigen Verhandlung erklärte R. A. Kamele, daß Goebbels nicht den Beamten habe beleidigen wollen, sondern bloß das System im Auge gehabt habe. Das Gericht hob das Urteil der ersten Instanz auf und verurteilte Dr. Goebbels zu nur 100 M. Geldstrafe. Das milde Urteil wurde damit begründet, daß die Beleidigung nicht in großer Öffentlichkeit erfolgt sei und daß sie außerdem in der Form nicht allzu schwer gewesen sei.

Der Mörder von Doberan freigelassen.

Kostof, 1. Dezember.

Das Rostocker Landgericht hatte dem Haftentlassungsantrag für den Nationalsozialisten Gädede in Bad Doberan, der in der Weihnachtsnacht am 1. November zwei Kommunisten erschossen hatte, stattgegeben. Die hiergegen eingelegte Beschwerde des Oberstaatsanwalts hat das Oberlandesgericht nunmehr verworfen. Gädede befindet sich wieder auf freiem Fuß!

Gewaltherrschaft in Schleswig-Holstein

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

„In der schleswig-holsteinischen Landwirtschast haben sich Zustände herausgebildet, die jeder Beschreibung spotten. In zahlreichen Dörfern und Kreisen hat man Beschüsse gefaßt, keine Steuern und Abgaben und Sozialversicherungsbeträge mehr zu zahlen. Die Polizeibeamten werden an der Ausübung ihres Amtes gewalttätig gehindert. Die Gemeindevorsteher haben sich teilweise diesem Vorgehen angeschlossen.“

Die auf republikanischem Boden stehenden Landwirte werden von nationalsozialistischer Seite bedroht mit zwangsweiser Ausweisung bei Errichtung des Dritten Reichs, wenn sie sich den Sabotageakten widersetzen und nicht mitmachen. Derartige Drohungen sind sogar deutschnationalen und Verbundanhängern gemacht worden, die es abgelehnt haben, jeden nationalsozialistischen Unsinns mitzumachen. Die Verwaltungsbehörden haben bis jetzt diesem Treiben tatenlos zugehört. Wenn nicht die Staatsautorität völlig zugrunde gehen soll, muß hier unter allen Umständen energisch durchgegriffen und die Gleichheit vor dem Gesetz wieder hergestellt werden.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. die Regierung anzuweisen, in Zukunft bei der Durchführung von Zwangsmaßnahmen und Versteigerungen für den genügenden Polizeischutz zu sorgen; 2. die für die mit dem Steuer- und Zahlungstreif verbundenen Ausschreitungen verantwortlichen Personen sofort und rücksichtslos zur Verantwortung zu ziehen.“

Fortschritt im Rat.

China verzichtet auf Festlegung des Räumungstermins.

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Der chinesisch-japanische Konflikt scheint jetzt nach dem Verzicht Chinas auf die Festlegung eines Datums für die Räumung der Mandschurei durch die japanischen Truppen einer Regelung entgegenzugehen.

Der Redaktionsausschuß des Rates hat sich mit der Revision eines Kommentars beschäftigt, in dem die Punkte, über die eine Einigung zwischen Japan und China nicht zu erzielen ist, aufgenommen werden sollen. Die Forderung Japans, zu Polizeimaßnahmen gegen Angriffe chinesischer Banditen berechtigt zu sein, dürfte nicht erwähnt werden, da alle Ratsmitglieder sie ablehnen. Der Kommentar soll der Ratspräsident in der Schlussfassung sofort nach der Entschlieung verlesen, d. h. bevor sich die beiden Parteien über die Entschlieung geäußert haben. Damit soll der Charakter einer moralischen Verpflichtung für die Mächte erhalten. Außerdem ist noch eine Schlussklärung des Präsidenten vorgesehen, die Empfehlungen an die streitenden Parteien enthalten wird.

Japanischer Zuzug.

Tokio, 1. Dezember.

Der japanische Kreuzer „Kuma“ ist in Schanghaiwan eingelaufen und hat trotz Widerspruch der chinesischen Behörden eine Abteilung japanischer Matrosen gelandet, die das japanische Viertel besetzten.

Ende der Indienkonferenz.

Die Hauptprobleme ungelöst.

London, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Indienkonferenz ist durch den Premierminister formal geschlossen worden. Macdonalds Worte konnten nicht darüber hinweghelfen, daß die Konferenz in wesentlichen ein Mißerfolg ist, da die Frage der Volksvertretung an dem ungelösten Problem des Verhältnisses der Religionsgemeinschaften zueinander gescheitert ist. Macdonald forderte Macdonald die Indier auf, diese Frage untereinander zu lösen. Auf Vorschlag des Premierministers wird in Indien ein Ausschuß der jetzigen Konferenz bestehen bleiben, dessen Aufgabe sein wird, Vereinbarungen unter den verschiedenen Religionsgemeinschaften, die die Grundlage für eine Verfassung abgeben könnten, an den Vizekönig und damit an die englische Regierung weiterzuleiten. Komme aber eine Einigung nicht zustande, so bleibe der englischen Regierung nichts anderes übrig als Kraft ihrer Autorität zu bestimmen, wie die Rechte und Sicherheiten der Minderheiten in der indischen Verfassung gesichert werden sollen.

Wie lange die englische Regierung warten will, ehe sie die Hoffnung auf eine Einigung der Indier untereinander aufgibt, steht dahin. Die Grundlage für die englische Politik in Indien wird, so sagte Macdonald, dieselbe sein, wie sie für die Labourregierung war, nämlich Indien allmählich der Selbstverwaltung zuzuführen. Macdonald zählt allerdings dabei die Einschränkungen, vor allem bezüglich der Außenpolitik, der Verteidigung und der Finanzpolitik, die England fürs erste als nötig erachte, auf. Die indische Verfassung solle bundesstaatlich sein mit voller Verantwortung auch der Zentrale. Weitere Einzelfragen werden von zahlreichen Komitees in Indien bearbeitet werden.

In seiner Erwidderung sprach Gandhi von einem Scheiden der Wege, das auf dieser Konferenz wahrscheinlich besiegelt sein werde.

Pilsudski beschäftigt Zarenspizel.

Warschauer Polizeimethoden.

Warschau, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

In der weiteren Verhandlung gegen die Opfer von Brest-Litowsk kam es zu erregten Szenen. Der Staatsanwalt versuchte nämlich, dem Beweismaterial photographische Abzüge von Briefen beizufügen, die der Warschauer Transportarbeiterverband angeblich an die Internationale gerichtet hatte. Die Abzüge waren von der Polizei gefertigt worden, die offensichtlich die Briefe abgefangen hatte. Die Verteidiger zeigten darauf noch einen Haufen von Briefen vor, die an mehrere der Angeklagten gerichtet und die alle geöffnet an die Adressaten gelangt waren. Um die Art und Weise, auf die diese Briefe in die Hände der Polizei gelangt sind, nicht nennen zu müssen, leitete sich der Staatsanwalt den unerhörten Vorwurf, daß in der PPS. „jedes zweite Mitglied mit der Polizei arbeite“. Diese Worte riefen natürlich scharfe Entgegnungen von Seiten der Angeklagten hervor, was den beiden Angeklagten Pranier und Dubois Geldstrafen eintrug. Im weiteren Verlauf wurde der stellvertretende Vorsitzende des Parteiaussschusses der PPS., Genosse Kwapiński, vernommen, welcher u. a. erschütterter feststellte, daß die Pilsudski-Behörden zu ihren Propagandan diese Briefe Spizel beruhen, die ihn während seines Kampfes mit dem Zarismus verfolgt hätten. Kwapiński war bekanntlich von den Zarenrichtern zum Tode verurteilt und dann zu 15 Jahren Zwangsarbeit begnadigt worden, die er auch verbüßt hat.

Nazinester rund um Berlin

Kampf um die Landbezirke - Damm gegen die Naziflut - Die Geduld hat ein Ende!

Am Sonntag hat das Berliner Reichsbanner in zwölf wichtigen Massenkundgebungen gezeigt, daß die Republikaner auf unerschütterlicher Wacht stehen. Unter sozialdemokratischer Führung setzen die Arbeiter der kleinen Landstädte diese Aktion gegen den Ansturm des Faschismus verheißungsvoll fort. Besonders in der südöstlichen Umgebung Berlins, die die Hakenkreuzler schon für sich gewonnen glaubten, haben Reichsbannerkameraden unter dem Einsatz ihres Lebens die Straßen für die Republikaner zurückerobert. Als zwei SA-Trupps, die auf Lastwagen in den Arbeiterort Wildau gekommen waren, hier wagten „Straße frei!“ zu brüllen, faßten sie die Schwarzkopff-Arbeiter an den Kragen und internierten die Bengels in einem Saal, wo sie vom Reichsbanner auf Waffen durchsucht wurden. Dann schaffte Polizei die beiden Faschistenbanden wieder nach Berlin. Aus Fürstenwalde berichten die Arbeiter, daß sie nach bestimmten Vorgängen am letzten Sonntag, über die wir unten berichten, nicht noch einmal dulden werden, daß die Nazis die Fürstenwalder Arbeiter provozieren. Und wenn am vergangenen Sonntag ganz Gütergotz vom „Marsch auf Berlin“ sprach, dann sind die Arbeiter von Tellow auch noch da! Im einzelnen erhalten wir folgende Stimmungsbilder aus der weiteren Umgebung Berlins:

Die Straße den Republikanern!

Wildau bei Königs-Wusterhausen (4400 Einwohner) hat eine Nazi-Gruppe von ungefähr 30 Mann. Diese Gruppe — wie fast alle anderen auch — ist überhaupt nur aktionsfähig in Verbindung mit Berliner Nazi-Expeditionen. So veranstalteten die Wildauer Nazis vor einiger Zeit im Kasino eine öffentliche Versammlung, die von etwa 650 Personen besucht war. Die Empörung der Versammelten über die Republikanische des Referenten war so groß, daß er seine Ausführungen abbrechen mußte. Der 30 Mann starke Saalzug der SA war machtlos, unter dem Schutz der Polizei besiegte der Saalzug sein Auto und verschwand innerhalb weniger Minuten aus Wildau. Plötzlich kam ein zweiter Nazitrupp, ebenfalls per Auto, der unter dem Ruf „Straße frei!“ über die nach Hause gehenden Versammlungsteilnehmer herfiel. Die Nazis schossen mit einer Scheinodpistole, holten sich eiserne Gartenstühle aus dem Vorgarten des Kasinos, aber sie hatten Schwarzkopff-Arbeiter vor sich: die griffen sich den 30 Mann starken Trupp, drängten ihn in einer Ecke des Vorgartens zusammen und als die ersten 30 Mann mit ihrem Auto noch einmal zurückkamen, wurden auch diese Bengels gleich gegriffen und mit in die Ecke gestellt. Dann mußten die 60 „rauen Kämpfer“ wieder in den Saal, wo sie vom Reichsbanner auf Waffen durchsucht wurden. Fast alle Nazis waren mit Schlüsselbunden, an denen lange Kettler- und Bodenschlüssel hingen, bewaffnet. Die Scheinodpistole und mehrere Stohlruten wurden im Garten gefunden. Das inzwischen eingetroffene Ueberfallkommando brachte die Banditen auf, ihren beiden Autos schließlich nach Berlin zurück.

Im benachbarten Königs-Wusterhausen (6000 Einwohner) hat die etwa 70 Mann starke Ortsgruppe ihre Hauptstützpunkte unter den Fahrschülern der „Deula-Kraft“, bei der Hauptfunkstelle und beim Katoseramt. Der Führer der Nazis ist ein aus dem Rapp-Busch den Arbeitern noch gut bekannter Arzt. Hier gingen die Nazis, deren Sturmführer ein kaum 21 Jahre alter Jüngling ist, aus Ganze, pöbelten Arbeiter auf der Straße an und überfielen sogar vor einigen Wochen Arbeiterwohnungen in dem Ort Hohenlehme. Darauf organisierten die Arbeiter zusammen mit dem Reichsbanner Straßenpatrouillen und brachten die übermütigen Burtschen zur Reize. Seitdem hüten sie sich, Arbeiter an-

zufallen. Das gleiche ist aus dem Ort Eichwalde, unweit Schmöwitz, zu berichten: auch hier ist mit dem Reichsbanner nicht gut Kirchen essen und die Straßen gehören wieder den Republikanern.

Eine mißglückte Eroberung.

In der Stadt Fürstenwalde a. d. Spree (24100 Einwohner) haben es die Nazis bisher auf 86 Mitglieder gebracht. Sie hatten auch eine SA-Kaserne nach Berliner Muster mit 16 Betten eingerichtet, der Laden ist jedoch beizeiten von der Polizei geschlossen worden. Jetzt befindet sich das Nazi-Sturmlokal im „Weißen Anker“ in der Mühlentstraße. Am Sonntag, dem 29. November, sollte die erste große Aktion zur Eroberung von Fürstenwalde starten. Die Nazis hatten sich den Landtagsabgeordneten Hinkel geholt, der im „Fürstenwalder Hof“ eine Versammlung abhalten wollte. Aber vier Fünftel der Versammelten waren sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter. Die Versammlung forderte stürmisch, daß ein Redner der Sozialdemokratie wie der SPD sprechen sollte. Die beiden Redner meldeten sich auch zum Wort, aber die Versammlungsleitung verweigerte jede Diskussion. Hinkel machte ein übriges und sprach um 1/26 Uhr immer noch, trotzdem der Saal um 6 Uhr geräumt werden mußte. Als die Versammelten immer stürmischer Diskussion verlangten, löste der überwachende Polizeikommissar die Versammlung auf. Unter dem Gesang der „Internationale“ verließen die Arbeiter den Saal, worüber sich die SA so ärgerte, daß sie den Arbeitern von der Bühne herunter Stühle ins Kreuz schmiss. Das war das Signal zu einer allgemeinen Saalschlacht, worüber uns ein Fürstenwalder Arbeiter schreibt: „Nur unserer Vernunft ist es zuzuschreiben, daß keine Toten auf dem Plage blieben. Hier in Fürstenwalde wird die Bande keine Versammlung mehr abhalten!“

Auch in der westlichen Umgebung Berlins wird dafür gefordert,

Heute Sportpalast!

Die große Kundgebung des Reichsbanners. — Alle Republikaner erscheinen!

Die vom Reichsbanner geschaffene Volksbewegung des Widerstandes gegen das Treiben der Bürgerkriegsarmee Hitlers, die sich erst in diesen Tagen wieder mit neuer Blutschlacht beladen hat, ist im Wachsen begriffen. In Ausführung der am Sonntag in 12 großen Kundgebungen ausgesprochenen Forderung der republikanischen Massen, beruft das Reichsbanner heute, Mittwochabend, erneut eine

große Kundgebung im Sportpalast.

ein, in der Reichstagsabgeordneter Farnow, Major a. D. Hauff, Schulrat Kellermann und Gauführer Reichardt ausprechen, was Millionen Republikaner von den verantwortlichen Stellen im Reich und Staat fordern: Rücksichtsloses Zupacken! Die Veranstaltung, an der die Spielmannszüge und Musikkapellen des Groß-Berliner Reichsbanners mitwirken und mit der der Aufmarsch einer etwa 1000 Mann starken Schutz-Abteilung verbunden ist, beginnt um 20 Uhr.

Republikaner Berlins, erscheint in Massen!

Nicht mit Schimpfen bekämpft man das gemeingefährliche Treiben der Hakenkreuzlertruppen, sondern durch tatkräftiges Einreihen in die Front der aktiven Republikaner!

Gauvorstand Berlin des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

daß die Bäume der Nazis nicht in den Himmel wachsen. So haben die Nazis in der 13500 Einwohner zählenden Ortschaft Falkensee (Kreis Osthavelland) bisher 20 Mitglieder. Ebenso sind sie in den umliegenden Gemeinden Dallgow-Döberitz und Schönwalde nur schwach vertreten. Aktionen unternehmen die hiesigen Nazis nur in Verbindung mit Berliner und Nauener Redten. So hatte man angekündigt, die vor 14 Tagen abgehaltene Versammlung der Sozialdemokratie sprengen zu wollen. Die Anwesenheit des Reichsbanner-Saalschutzes hat jedoch genügt, um die Burtschen in Schach zu halten. Anfang Dezember werden die Falkenseer Republikaner dort eine große republikanische Kundgebung abhalten. Die Gemeindevorsteherliste der Nazis ist inzwischen erschöpft, alle Kandidaten mußten ihre Mandate niederlegen, der jetzt im Parlament sitzende Eisenleite hat dort noch keine Stütze gefast, trotzdem ihn die Sozialdemokraten dazu herausgefordert haben. Er schmeigt aber. Auf der Straße jedoch sind seine Kumpans um so lauter.

Die Naziwache in Nauen.

Auch in Nauen (10500 Einwohner) verstehen die Nazis keine Berge. Sie haben ziemlich mit sich selber zu tun, ihr jetziger Hauptling ist ein Klempergeissele, der bisherige Führer St. wurde vor einiger Zeit abgesetzt, weil er mit einem Juden Karten gespielt hatte! In den Dörfern um Nauen bestehen in Kienburg und Viehau junge Ortsgruppen. Das Spandauer „Vollblatt“ brachte vor kurzem folgende Notiz: „Naziwache! Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, unterhalten die Nazis im Hotel „Hamburger Hof“ eine ständige Wache, damit die hiesige Ortsgruppe von „durchreisenden Nazis“ über alle wichtigen Ereignisse unterrichtet werden kann. Vielleicht interessiert sich die Polizei einmal für diese Bürgerkriegsplatzerei!“ Diese am 10. November 1931 erschienene Notiz ist bisher nicht widerrufen worden. Uebrigens wird von anderer Seite das Bestehen einer Naziwache im „Hamburger Hof“ bestätigt.

In Werder an der Havel (8500 Einwohner) sind die Nazis vielleicht noch 35 Mann stark. Denn in der Werderischen Ortsgruppe der Nazis waren die Stennes-Parte sehr stark, so daß sich die Gruppe spaltete und in ihrer Aktionsfähigkeit sehr erlahmte. Ihr Rekrutierungsfeld sehen die Werderischen Nazis in den Ostküstern, die sie mit aller Demagogie bearbeiten. Im Stadtparlament haben sie sich als „Vereinigung Fortschritt“ (!) getarnt, weshalb sie auch in reaktionärster Weise die Interessen der Hausbesitzer vertreten. Stärker als in Werder dürften die Nazis übrigens in Pechow sein, wo der bekannte Herr v. Kühne jun. der Bewegung sehr nahe steht. Auch Pödden hat eine Nazi-Gruppe. Ansonsten ist die Werderische Gegend, besonders in der Richtung Kemnitz, für die Berliner- und Potsdamer SA bevorzugtes Gebiet für Geländeübungen und Aufmärsche.

Die Faust in der Tasche.

Für die Umgebung Trebbins (3337 Einwohner) kann man wieder nicht sagen, daß die umliegenden Dörfer etwa alle jahrelangkräftige Gruppen organisierter Nazis hätten. In Trebbin selbst sind 35 bis 40 Mann in der NSDAP organisiert. Die hiesigen wohlwollend, in die Versammlungen der Arbeiter zu kommen. Die Trebbiner Nazis machen vielmehr die Faust in der Tasche. Wenn sie unter sich sind, dann „geht es natürlich morgen los“, wenn aber früher ein oder mehrere Berliner SA-Stürme durch Trebbin marschieren, dann werden die dortigen Nazis zu feige, mitzumarschieren; sie stellen vielmehr auf dem Bürgersteig nebenher. Trotzdem sind die Trebbiner Arbeiter wachsam.

Das gleiche gilt für das Berlin benachbarte Städtchen Teltow



„Kommen heute Nacht noch Züge aus der Richtung Trier hier an?“ fragte Germaine einen Beamten. Der zuckte die Achseln. „Jetzt gibt es keinen Fahrplan mehr — die Züge haben stundenlange Verspätungen, wenn sie überhaupt durchkommen. Und noch dazu von da oben!“ Langsam ging Germaine durch die Stadt. Da und dort standen noch Gruppen zusammen, hier ging eine Familie, den eben angekommenen Sohn oder Vater in der Mitte, Arm in Arm nach Hause. Sonst war alles still. Von der Höhe der Parkstraße blickte Germaine hinab in das Land, hinüber zu den Bergen und Wäldern. Aber alles war in dicke weiße Nebelschleier eingehüllt, sie konnte nichts erkennen. Die Mutter war schlafen gegangen. Germaine setzte sich noch einen Augenblick an ihren Schreibtisch und nahm Walters letzte Karte zur Hand. „Meine Lieben, ich bin heute zum erstenmal wieder aufgestanden. Seid mir nicht böse, daß ich mich wieder zur Front gemeldet habe. Hoffentlich geht es euch gut. Euer Walter.“ Immer wieder las Germaine die wenigen Worte. Verborg sich nicht etwas hinter ihnen? Immer kürzer, immer fragmentarischer waren die Briefe geworden, und jetzt schrieb er überhaupt nur noch Karten. Allerdings konnte man das mit seiner körperlichen Schwäche erklären, sicher war er viel zu abgespannt und müde, um lange Briefe schreiben zu können. Aber eine dumpfe Angst betete sich plötzlich in Germaine, das untrügliche Gefühl, daß hinter diesem Schweigen etwas stand. Endlich ging auch sie zu Bett. Sie mochte etwa eine halbe Stunde geschlafen haben, da erwachte sie jäh. Sie hatte geträumt, daß Walter am Gartentor stand und sich verzweifelt mühte, es zu öffnen. Aber er hatte keinen Schlüssel, und ihm fehlte die Kraft, es gewaltsam zu öffnen oder zu überklettern. Da ging er langsam wieder zurück zum Bahnhof. Ganz deutlich hatte sie ihn gesehen, und auch jetzt, im

Wachen, zitterte das Entsetzen in ihr nach, das sie beim Anblick dieser erschöpften, zusammengefunkenen Gestalt überfallen hatte. So konnte nur ein Mensch aussehen, der vom Tod gezeichnet war. Germaine drehte das elektrische Licht an. Dann sprang sie auf und kleidete sich an. Leise öffnete sie die Haustür und ging in den Garten. „Walter! Walter!“ Aber niemand antwortete. Sie öffnete die Gartentür und trat auf die Straße. Sie war menschenleer. Germaine ging hinab bis zur Wegkreuzung. Aber nichts hatte sich geändert. In Nebel verfunken, von tiefem Dunkel umhüllt, verschwammen Nähe und Ferne, waren eins geworden. Sie wartete noch einige Minuten und horchte, ob nicht ein Zug in die Bahnhofshalle einfuhr, ob nicht der Pfiff einer Lokomotive zu hören sei. Aber es war alles still. Frohstünd ging sie zurück. An der Gartentür blieb sie stehen. Dann öffnete sie langsam das Tor, aber sie verschloß es nicht mehr. — Stunden waren vergangen. „Germaine! Erschrick nicht, ich bins!“ Im Dämmerlicht des Morgens erkannte sie die Mutter, die an ihrem Bett stand. „Walter ist gekommen. Vor einer halben Stunde, ich habe ihn schon zu Bett gebracht. Du kannst einen Augenblick zu ihm hinüber gehen. Aber frage ihn nichts —“ Sie wandte sich ab. Walter hob den Kopf nicht, als die Schwester eintrat. Sie ergriff eine magere, abgekehrte Hand und sah in ein leichenblaßes, zerfallenes Gesicht. Er hatte die Augen geschlossen und öffnete sie auch nicht, als die Schwester sich zu ihm herabbeugte. Draußen stürzten sich die beiden Frauen in die Arme. „Sei nur still, Kind! Sei doch nicht so verzweifelt, Germaine!“ Frau Loriot, der selbst unaufhörlich die Tränen über das Gesicht stürzten, verachtete trotz des eigenen Schmerzes die Töchter zu trösten. „Wir werden ihn schon gesund pflegen. Die Hauptsache ist doch, daß er da ist!“

„Hat jemand von den Herren und Damen noch eine Anfrage?“ — „Dann danke ich Ihnen.“ Man erhob sich. „Fräulein Dr. Loriot — ich bitte, auf einen Augenblick!“ Germaine trat auf den Vorgesetzten zu. Blisschnell ließ sie in Gedanken das Sündenregister dieser Woche vor sich abrollen: Montag zwei Minuten zu spät gekommen, Dienstag statt der Gesichtsstunde Deutlich gegeben, weil die Mädel sie so herzlich gebeten hatten, die interessante Lektüre mit ihnen zu Ende zu lesen. Mittwoch? Donnerstag? Nein, da war wohl nichts. Forschend sah sie zu dem Gesicht des Direktors auf. Der wartete, bis sich die Tür hinter den hinausgehenden geschlossen hatte. Dann streckte er ihr die Hand entgegen: „Ich habe Ihnen eine freudige Mitteilung zu machen. Sie bekommen die Stelle als Studienassessor, die neu zu besetzen war. Ich habe es allerdings aus privater Quelle und bitte sie, zunächst noch keinen Gebrauch von meiner Mitteilung zu machen. Aber Ihre Frau Mutter und auch Sie selbst haben Sorgen genug — da wollte ich Ihnen die Freude nicht länger vorenthalten. Ich gratuliere herzlich.“ „Vielen, vielen Dank! Ah, das ist ja herrlich! Das habe ich nicht erwartet!“ Germaine strahlte vor Freude. „Ich nehme an, daß Ihnen bereits in den nächsten Tagen die amtliche Mitteilung zugehen wird. Ja, Fräulein Loriot, jetzt können Sie ruhig in die Zukunft sehen. Solange ich Direktor bin, werden Sie bestimmt nicht verfeßt, und in ein paar Jahren werden Sie Studienrätin. Vorausgesetzt, daß Sie uns nicht vorher entwischen und heiraten!“ Germaine schüttelte den Kopf. „Na, dann gehen Sie gleich nach Hause und bringen Sie Ihrer Mutter die Nachricht. Geht es Walter denn endlich besser?“ Germaine sah vor sich hin. „Körperlich ja, er hat das Nervenfieber verhältnismäßig gut überstanden. Wir hatten oft keine Hoffnung mehr, daß er die Nacht überleben würde. Aber sein Herz ist außergewöhnlich stark und kräftig. Nur — in seinem Wesen ist er vollkommen verändert. Er spricht kaum ein Wort, er hat für nichts Interesse, und fragen dürfen wir ihn schon gar nichts.“ Der Direktor sah sie teilnahmsvoll an. „Ja, der Krieg! Mancher wird noch lange damit zu tun haben! Aber Kopf hoch, Fräulein Loriot, Sie werden sehen, das gibt sich alles.“ Walter war ja immer ein so frischer, aktiver Junge. Wenn es jetzt Frühling wird, dann führen Sie ihn hinaus in unsere schöne Heimat! Sie werden sehen — da kommt er wieder zu sich!“ — (Fortsetzung folgt)

(7200 Einwohner). Das Verkehrslokal der etwa 50 Mann starken Ortsgruppe der Nazis ist der „Schwarze Adler“ am Marktplatz. Sie treten am Ort weniger hervor. Am 6. November versuchte man eine sozialdemokratische Versammlung zu sprengen, wozu man sich allerdings — wie überall — Berliner SA. geholt hatte. Am Tage nach der Nachkriegszeit wollten die Teltower Nazis nach Befolgen Rezept vorgehen. Ihre Anhänger im Dorf Gütergoy waren so aufgepuscht, daß es dort am vergangenen Sonntag hieß: es geht los, auf nach Berlin! Durch Gütergoy zog vor etwa drei Wochen ein starker Trupp Nazi-Sanitäter. Lieblingen der Berliner SA. fanden Witer in der Gegend Saarmund-Philippsthal und Stahndorf-Mein-Machnow statt. Das hat in den letzten Wochen aufgehört, scheinbar sind den Nazis die Beine so kalt geworden. Jedenfalls wissen die Arbeiter, was in der Sadersthalke und in der Berliner Straße los ist und wenn der Gütergoyer Landsturm anrückt, dann will Teltow erst einmal erobert sein!

Jetzt werden die Nazis wieder loszurennen und an den Bahnhöfen nach den oben benannten Orten alle Exemplare des „Vorwärts“ aufzukaufen. So wurde es gemacht, als wir die Bürgerkriegsruftungen an der Nordbahnstrecke aufdeckten. Das Vergnügen wollen wir den Nazis gerne lassen. Aber die albernsten Postkarten, mit denen die Nazis dann immer unsere Parteigenossen in den genannten Orten beglücken, die können sie sich sparen. Wir wissen ja, wer Tische und Bänke beschmiert.

Kohlen für die Frierenden.

Forderung der Sozialdemokraten im Rathaus.

Die sozialdemokratische Stadtordnungsfraktion bringt in der nächsten Sitzung des Stadtparlaments am Donnerstag folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

„Der Oberbürgermeister wird ersucht, angesichts der frühzeitig eintreffenden Kälte und der vermehrten Zahl der Hilfsbedürftigen dafür zu sorgen, daß den Bezirkswohlfahrtsämtern unverzüglich größere Kohlenmengen zur Verfügung gestellt werden, damit dem erhöhten dringenden Bedarf entsprochen werden kann.“

Abänderung des Behala-Vertrages?

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Stadtverordnetenversammlung sprach Bürgermeister Dr. Eiss über das Verhältnis der Stadt zur Behala, der Berliner Hafengesellschaft; Er erklärte:

Im Jahre 1922 war die Situation der Stadt Berlin so, daß der damalige Bürgermeister Dr. Karding in den beteiligten städtischen Gremien die Erklärung abgeben mußte, daß die für den Ausbau der Berliner Häfen erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Mit Rücksicht auf manche irrtümliche Mitteilung über die Rentabilität der Berliner Häfen, die in den letzten Tagen veröffentlicht worden ist, muß ich darauf hinweisen, daß im Jahre 1913 der kleine Osthafenbetrieb einen jährlichen Zuschuß von etwa 700 000 M. erfordert hat. Aus diesen Überforderungen der Vorkriegszeit, in Verbindung mit den schwierigen finanziellen Verhältnissen des Jahres 1922, ist die Anregung entstanden, die Hafenanlagen zu verpachten. Nachdem im Jahre 1923 beide städtische Körperschaften diesem Vertrage zugestimmt hatten, ist in der Folge wiederholt in der Öffentlichkeit und auch in der Stadtverordnetenversammlung über die Frage debattiert worden, ob diese Verträge zweckmäßig gewesen sind, ohne daß von irgendeiner Seite wesentliche juristische Gesichtspunkte geltend gemacht werden konnten, die eine Rückgängigmachung des Vertrages erzwängen hätten.

Eiss teilte dann weiter mit, daß der Wert der Hafenanlagen 70 Millionen Mark betrage und daß gegenwärtig keine Rentabilität mehr bestehe. Man führe augenblicklich Verhandlungen über den Vertrag. Wenn diese abgeschlossen sind, soll den Stadtverordneten in einer besonderen Vorlage Bericht erstattet werden.

Religionsbekenntnisse und Abrüstung.

Eine interkonfessionelle Versammlung in der Stadthalle.

Die „Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden“ veranstaltete in der Stadthalle eine öffentliche Kundgebung mit dem Thema: „Die Konfessionen zur Abrüstung“.

Alle Redner wiesen auf die Wichtigkeit der Abrüstungsfrage hin, die gerade in diesen Monaten in ihrer ganzen Bedeutung durch die kommende Genfer Abrüstungskonferenz offenbar werde. Milderung der internationalen Spannungen, Wiederherstellung des Vertrauens und Hebung der Weltwirtschaftskrise seien undenkbar, wenn nicht ein allgemeiner Friedenswille durch planmäßige Verringerung der Rüstungen sämtlicher Völker sichtbar werde. Professor Dr. Piper-Rüster kennzeichnete die Abrüstung als religiöse Forderung. Wehrfreiheit sei nicht Mittel zum Weltfrieden, sondern Voraussetzung für freiwilligen Verzicht auf Abrüstung. Professor Dr. Georg Bernhardt nannte die Abrüstung eine Forderung der europäischen Zivilisation. Vor allem sei der Gift- und Gaskrieg zu beseitigen, der durch seine Bomben und sonstigen fernwirkenden Kampfmittel neben der bewaffneten Macht auch die wehrlosen Menschen hinter den Fronten, Greise, Frauen und Kinder furchtbar treffen würde. Vater Strammann sagte, daß für den wahren Weltfrieden der Völker die militärischen Waffen ungeeignet seien. Dieser Kampf sei vielmehr in edlem Eifer mit geistigen und sittlichen Waffen zu führen. Die Götzen des Krieges und des nackten Erwerbs seien falsch. Deutschland, so schloß Strammann, müsse nicht nach dem Recht zur Aufrüstung streben, sondern im Kampf um die allgemeine Abrüstung voranschreiten.

Direktor Oskar Wäfflermann faßte die Ausführungen des Referenten dahin zusammen, daß alle Konfessionen die Pflicht hätten, für die internationale Abrüstung zu arbeiten.

Junge Hände schaffen.

Noch lebt die neue Schule. — Interessante Ausstellungen.

Die weltlichen Schulen Neutöllns zeigen in einer gemeinsamen Ausstellung, die das größte Interesse der Elternschaft und aller pädagogisch Interessierten beanspruchen darf, Ergebnisse ihrer Erziehungsarbeit.

Die Ausstellung, die in den hellen luftigen Räumen des neuen Aigls in der Leipziger Straße stattfindet, ist bis zum 13. Dezember einschließlich täglich von 17—20 Uhr, an den Sonntagen von 10—17 Uhr geöffnet. In den Abenden von 20—22 Uhr finden Vorträge über Schulreform, musikalische Darbietungen, Schülerveranstaltungen statt, die ein Bild geben sollen von neuzeitlicher und lebensnaher Schulreform. Die Ausstellung wurde im Beisein zahlreicher Pädagogen eröffnet. Stadtschulrat Genosse Löwenstein hielt eine Eröffnungsrede. Der Leiter der freien Schulgemeinschaft, Genosse Pinte, betonte in seiner Ansprache, daß diese Ausstellung in der Zeit des Abbaus wesentlicher Kulturwerte, von dem die Schule am stärksten getroffen wird, zeigt, daß die Erziehungsarbeit trotzdem versucht, ihrer hohen Aufgabe gerecht zu werden. Oberstadtschulrat Genosse Rydahl wünschte, daß diese Ausstellung allen Schulen Anregung gebe, dem Beispiel zu folgen.

In vier Räumen wird an Hand von Zeichnungen, Malereien, Plastiken, Werkarbeiten, Bildtafeln usw. das Bestreben der Schulen veranschaulicht, das Erlebnis des Kindes als Ausgangspunkt für alle Schularbeit zu nehmen. „Auch das Bild des Kindes ist eine Sprache.“ ist das Motto des ersten Raumes. Ausdrucksvolle, farbenprächtige Kinderzeichnungen nehmen den Eintretenden gleich gefangen. Besonders fallen einige farbige Blümenstillleben auf und einige Arbeiten aus der Vortellung: „Unser Zeltlager“ und „Grabenkatastrophe“. Eine Reihe „Von der Studie zum Bild“ zeigt sehr gute lebendig wirkende Studien nach der Natur. Die sogenannten Bildgestaltungen jedoch erweisen sich als irgendwelchen Vorbildern nachempfunden. Erfreulich die Vielseitigkeit der gezeigten Arbeiten. Alles erdenkliche Material ist verwendet. Buntpapier, Kohle, Stoff, Ton treten in den Dienst der Ausdruckspflege des Kindes.

Im zweiten Raum sind Handarbeiten aller Art zu sehen. Die Mädchen zeigen, wie sich aus einfachem Material entzückende wertvolle Dinge herstellen lassen: bunte Säcke, gestrickte Handschuhe, reizende phantastische Tuppen, Kissen, die jedem Kunstgewerbegeist ihre Mächen würdigen, Aufnäherarbeiten, die zu kleinen

Achtung, Parteiveteranen!

Alle Genossinnen und Genossen, die vor und während des Sozialistengesetzes für die Partei tätig waren, werden freundlichst eingeladen, am

Sonntag, dem 5. Dezember, um 19 Uhr

im großen Saal des Gewerkschaftshauses mit ihren Familienangehörigen zu einem gemütlichen Beisammensein zu erscheinen. L.A.: Wilt Im Gründel.

Bierfutscher totgedrückt.

Furchtbarer Unfall in der Engelhardt-Brauerei.

In der Engelhardt-Brauerei in der Dannebergstraße 5-9 ereignete sich gestern ein einschneidender Unfall, bei dem der 50 Jahre alte Bierfutscher Gustav Zemborst aus der Willibald-Meris-Str. 42 ums Leben kam. Z. wollte einen mit Stroh beladenen Wagen in das Gebäude fahren. Die Ladung war jedoch zu hoch und der Bierfutscher wurde mit dem Kopf zwischen der Fuhr und der Lormauer eingeklemmt. Der Unglückliche erlitt so schwere Verletzungen, daß er wenige Minuten später starb. — Ein zweiter tödlicher Betriebsunfall trat sich auf dem Kirchenneubau am Hohenzollernpark in Wilmersdorf zu. Dort fiel dem 36jährigen Tischler Otto Sarinsky aus der Rainzer Straße 26 ein schwerer Eizenträger auf den Kopf. Schwerverletzt brach S. zusammen. Mit einem doppelten Schädelbruch wurde er ins Wilmersdorfer Krankenhaus in der Schenckstraße gebracht, wo er bald nach der Einlieferung starb.

Ladung von 200 Eiern im Calmette-Prozess.

Verhandlung wegen großer Kälte ausgelegt.

Lübeck, 1. Dezember (Eigenbericht.)

In der Dienstag-Verhandlung im Calmette-Prozess stellte Rechtsanwalt Dr. Wittern den Antrag, sämtliche Eltern der erkrankten und verstorbenen Kinder (es sind über 200!) als Zeugen zu laden. Sie sollen bekunden, daß ihnen bei Empfehlung des Schuhmittels verschwiegen worden ist, daß das Calmette-mittel Impfschädelchen enthält und daß in ihm lebende, wenn auch abgeschwächte Bazillen enthalten sind. Sie sollen weiter bekunden, daß sie Mitte Mai 1930, als sie über den wahren Charakter und Inhalt des Mittels aufgeklärt wurden, ihrer Entrüstung über diese Täuschung Ausdruck gegeben haben und daß sie damals äußerten, daß sie bei Kenntnis der Dinge niemals der Anwendung des Mittels zugestimmt hätten.

Nachdem noch einige Hebammen vernommen worden waren, mußte die Verhandlung unterbrochen werden, da die Kälte in der Hauptturnhalle nicht mehr auszuhalten war. Bis Mittwoch nachmittag sollen neue Defen gefeiert werden. Die Verhandlung wird am Mittwoch um 2 Uhr fortgesetzt.

Wieder ein Falschmünzer festgenommen.

In einer Wärmehalle im Norden Berlins wurde gestern der 35 Jahre alte Franz Horn, der unter dem Verdacht der Falschmünzerei stand, ermittelt und festgenommen. H. leugnete zunächst, als er aber auf dem Polizeipräsidium von Beamten des Falschgeldbezirks näher in Augenschein genommen wurde, entdeckten

Bildtafeln werden. Die Jungen weisen Tischlampen, Leuchter, verschiedenartiges Spielzeug, Tiere, eine kleine Stadt auf, alles aus Holz in gute Form gebracht. Im dritten Raum sind Arbeiten zumammengestellt, um das Typische des Unterrichts in den einzelnen Schuljahren mitzuteilen.

Beispiele praktischer Werkarbeit aus dem Physikunterricht aus billigem Material hergestellte primitive, aber gut funktionierende Apparate, die dem Schüler das Verständnis physikalischer Vorgänge erleichtern, schließen die Ausstellung ab, die jeden Erwachsenen mit Reiz erfüllen wird, wenn er an seine eigene Schulzeit zurückdenkt.

Weißensee zeigt Jugendarbeiten.

In der Aula des Lyzeums Weißensee, Viktoriusstraße, hat das Wohlfahrts- und Jugendamt Weißensee vom 1. bis 6. Dezember eine Ausstellung von Arbeiten veranstaltet, die seine Jugend, vom vorerschulspflichtigen Kleinkind bis zum erwachsenen jugendlichen Arbeiter, hergestellte hat. Immer wieder geben solche Ausstellungen ein klares Bild, wie unerlässlich wichtig die Erziehung und Ausbildung praktischer Fähigkeiten ist.

Eine bunte Fülle wertvoller Leistungen ist zu sehen, von den ersten spielerischen Zeichen- und Kritzversuchen der Kleinsten über hübsche und nützliche Klebe-, Postel-, Zeichen-, Näh- und Photographienarbeiten in Horten und Jugendgruppen bis zum wichtigsten Beschäftigungsgebiet: den praktischen Arbeiten in den Werkjugendheimen für erwerbslose Jugend. Da haben gelernte und ungelernete Tischler prächtige, phantastische Spieltische, Musikständer und andere Einrichtungsstücke gebaut, in der Buchbinderlei erfinden sauber gearbeitete, mit geschmackvollen Zeichnungen geschmückte Bucheinbände, und in der weiblichen Schneiderwerkstatt wurden hübsche Kleider, Mäntelchen und Putzartikel geschaffen. Es kann nicht oft genug betont und gefordert werden, daß diese Werkstattarbeit für Erwerbslose so weit wie möglich ausgebaut werden muß als das einzige, schwache Bollwerk im tragischen Lebenskampf unserer heutigen Jugend.

Eine kleine Feier ging der Ausstellungseröffnung voraus; ein Schülerorchester der Weißenseer Mittelschule spielte unter seinem Musiklehrer Borg mit viel Geschick und gutem Vortrag den Mendelssohn'schen „Hochzeitsmarsch“, eine Schubertsonate und einen Straußwalzer; dann begrüßte Stadtrat Reimann die Anwesenden, dankte allen, die am Zustandekommen der Ausstellung mitgearbeitet hatten und sprach mit tiefempfundener Worten von der hohen Aufgabe der Jugendfürsorge, die Latkraft all der jungen Menschenkinder in die richtigen Bahnen zu lenken. In diesem Sinne lautete auch die Festansprache der Rektorin Bär. Unter den an der Ausstellung beteiligten Jugendgruppen sind unter anderem der „JdL“, die „Kinderfreunde“, der „Arbeiter-Samariter-Bund“ und der „Sturmvogel“ vertreten.

die Beamten in verborgenen Taschen 46 falsche 20-Mark- und 18 falsche 1-Mark-Stücke. Horn erband jetzt die Geschichte von dem „großen Unbekannten“, von dem er die Falschstücke erhalten haben wollte und behauptete wohnungslos zu sein. Man schenkte seinen Angaben jedoch keinen Glauben und schon nach wenigen Stunden konnten die Beamten den Schlafplatz des Falschmünzers ausfindig machen.

Die Zahnärztekassen.

Zu dem von uns veröffentlichten Bericht über das Ergebnis der Wahlen zu der preussischen Zahnärztekammer teilt uns der Landesverband Berlin e. V. im Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands mit, daß das genaue Ergebnis der Wahl folgendes ist: Von 9 Mandaten im Wahlkreis Berlin hat die Liste des Landesverbandes Berlin e. V. im Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands 7 Plätze, die Liste des Herrn Dr. Drucker 2 Plätze erhalten. Auf die erste Liste entfielen 674, auf die Liste Dr. Drucker 191 Stimmen, während die Liste Fabian 45 Stimmen erhielt. 95 Stimmzettel waren ungültig.

Eine neue Welt im Buch.

In der Großsiedlung Brix eröffnete am letzten Sonnabend unsere Parteibuchhandlung Dieß unter dem Motto: „Eine neue Welt im Buch“ ihre erste Weihnachtsbuchausstellung. Die Halle am Hufeisen, der schöne Versammlungsraum der Brixer Stetler, gibt der Ausstellung von vornherein ein gefälliges Gepräge. Ferner hat der allen Brixern und auch sonst vielen Parteigenossen wohl-bekannt Maler Hans Goetsch einige prächtige Aquarelle ausgestellt. Die Auswahl der Bücher ist immer unter dem Gesichtspunkt vorgenommen, billige aber nur wertvolle Bücher anzubieten. Deshalb findet das Weihnachtssonderangebot des Dieß-Verlages besondere Beachtung und erregt allgemeines Erstaunen wegen der zeitgemäßen Preise. Eine entsprechende Würdigung haben im Rahmen der in Kinderbüchern, Jugendschriften und Erwachsenenliteratur gestifteten Ausstellung die beiden Buchgemeinschaften der Arbeiterbewegung, der Büchertreue und die Büchergilde, gefunden. Für verschiedene Tage sind Vortrags- und Lesabende geplant. Die Ausstellung ist an allen Sonnabenden und Sonntagen vor Weihnachten von 3 bis 7 Uhr nachmittags in der Brix-Neuter-Allee 46 im Hause der Einja geöffnet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin, Sonntag, den 6. Dezember, 20 Uhr, Schulaula, RD 55, Poststraße 44-46, öffentliche Musizierenstunde, ausgeführt vom Orchester der SAJ, Leitung: Rudolf Bortel; vom Singkreis der SAJ, Leitung: Walter Kuhn; offene Singstunde: Leitung: F. Hoffmann, Eintritt 30 Pf.

Als 1 Gutschein gilt

jede Umhüllung der 5er-Packung von MAGGI Fleischbrüh-Würfeln, — auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist. —

Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrüh-Würfel.



Pfundsturz und kein Ende.

Lehren für Deutschland. — Die Gefahren der englischen Zollpolitik.

Der Sturz des englischen Pfundes hat sich am 1. Dezember in vorläufigem Tempo fortgesetzt. In New York sank der Pfundkurs am Dienstag schon in der ersten Börsensunde von 3,40 auf 3,33 Dollar, um im weiteren Verlauf der Börse auf den bisher höchsten Tiefstand von 3,27 Dollar zu sinken. Die Goldparität des Pfundes zum Dollar beträgt 4,86 Dollar je Pfund. In Berlin prallt sich der Verfall des Pfundes seit dem Beginn der letzten Woche in folgender Entwicklung aus:

23. November . . .	15,92 M. je Pfund
28. November . . .	14,92 " "
3. Dezember . . .	14,25 " "
1. Dezember . . .	13,91 " " (Goldparität 20,42 M.)

Das englische Pfund hat mit seinem gestrigen Kursstand mehr als 30 Proz. seines Wertes verloren. Die Einflüsse, die seit dem 23. November den anhaltenden Kurssturz des englischen Pfundes verurteilt haben, liegen (abgesehen von der Passivität der englischen Handelsbilanz) überwiegend außerhalb Englands. Noch der schwächsten Periode stabiler Pfundkurse rief der Anfang voriger Woche einsehende Rückschlag des Pfundes allenthalben starke Angebote bei den ausländischen Pfundbesitzern hervor, die zusammen mit den hohen Devisenverpflichtungen englischer Importeure die Lawine ins Rollen brachten. Wenn englische Finanzkreise behaupten, daß das Pfund Sterling durch die Bank von Frankreich aus politischen Gründen „gemaisst“ wird, so ist die Richtigkeit dieser Behauptung schwer zu beurteilen. Sicher wird Frankreich in reparations- und zollpolitischen Fragen verhalten, die Maßnahmen, die es England gegenüber in der Hand hat, einzusetzen. Man vergißt aber in England vielleicht,

daß Frankreich an seinen großen Pfundguthaben auch sehr viel zu verlieren hat,

und daß die Mißtrauenswelle, die von der Pfundkaufe ausging, ganz zwangsläufig große französische und auch andere ausländische Pfundverkäufe zur Folge haben mußte. Diese schon kritische Situation ist durch die schroff ablehnende Haltung der Bank von England gegenüber den Forderungen der niederländischen Staatsbank, ihr für ihren Pfundbesitz eine Valutagarantie zu geben, noch erheblich zugespitzt worden. Auch in Holland folgte dann eine wahre Pfundpanik und ein Massenangebot.

Die rapide Entwertung des englischen Pfundes hat eine währungsrechtlich höchst eigenartige Situation geschaffen. Ohne daß England eine echte Inflation bisher gemacht hat, ist seine Währung durch die Loslösung des Pfundes vom Golde zerbrochen. Der Optimismus verantwortlicher englischer Regierungs- und Finanzkreise, eine „begrenzte Abwertung“ des Pfundes um etwa 20 Proz. zur Erzielung einer entsprechenden Exportprämie vorzunehmen und das Pfund auf 80 Proz. seines Wertes zu stabilisieren, ist durch die Ereignisse fürchtbar enttäuscht worden. Die Bank von England hat seit der Aushebung der Goldwährung eine Politik der Kreditdrosselung und der Diskontenerhöhung getrieben, um auf diese Weise Auswirkungen des Pfundsturzes bei den Inlandspreisen entgegenzuwirken. Diese anti-inflationistische Politik der Bank von England hat vielleicht ein schnelles Ansteigen der Preise gebremst, die Zerstörung des Vertrauens im Inland und Ausland aber nicht gehindert.

In dem Augenblick, wo die Währung vom Golde losgelöst wurde, mußten ganz zwangsläufig alle Faktoren der Unsicherheit zur Geltung kommen. Es ist zur Zeit noch völlig ungewiß, wie lange die Bank von England ihren Kampf gegen die inländische Inflation durchhalten kann. Gegen die ausländische Pfundentwicklung ist England offenbar machtlos. Hier könnte

nur sofortige Stabilisierung von Staats wegen

etwas helfen. Jedenfalls sollte die Entwicklung des Pfundes eine Warnung für alle Anhänger einer „begrenzten Abwertung“ der Währung sein, da mit dem Augenblick, wo die Währungsstabilität einmal preisgegeben wird, in einer so schweren Weltkrise wie jetzt das allerletzte Signal für Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit eines Landes niedergebroschen wird und man zwar den Anfang, nicht aber das Ende des Unterjahrens kontrollieren kann. Besonders gilt diese Warnung für die Arbeiterschaft, die am allerjüngsten von jeder Währungsentwertung betroffen wird, was man in Deutschland zu sagen wahrhaft nicht nötig haben sollte.

Wohin treibt Englands Zollpolitik?

Inzwischen ist die in der zweiten Novemberhälfte eingeleitete Schutzpolitik in England verschärft fortgesetzt worden. Nach den ersten „Notzöllen“ vom 23. November für 23 verschiedene Fertigfabrikate werden mit Wirkung vom 4. Dezember Glaswaren, Kohlenelemente, Garne, Leinen, Sportgewehre und andere Fabrikate gleichfalls mit 50prozentigen Wertzöllen belegt. Der englische Agrarminister hat im Parlament einen Antrag vorgelegt, der Sonderzölle auf Obst und Gemüse bis zu 100 Proz. des Wertes vorzieht. In der Regierungsvorlage werden Obst und Gemüse nicht als „Lebensmittel“, sondern als „Luxuswaren“ bezeichnet. Bei den radikalen Schutzzöllern auf dem rechten Flügel der Konservativen herrscht starke Mißstimmung gegen die Regierung, weil sich in der neuen Zollliste keine Schutzzölle für Eisen und Stahl finden. Hier spielt der Widerstand der Eisenerbeiter gegen die Schwerindustrie eine Rolle, doch wird

mit der Einführung von Eisenzöllen noch im Laufe dieses Jahres gerechnet.

Deutschland wird von der englischen Zollpolitik ernst in Mitleidenschaft gezogen. Von den mit scharfen Zöllen belegten Waren entfallen etwa 20 Proz. auf deutsche Fabrikate. Einzelne Exportindustrien, wie die fälschlichen Strumpffabriken, die Holzindustrie, Sanitätsartikel und Radioanlagen, waren an der englischen Gesamtimporte dieser Fabrikate sogar mit 40 Proz. und mehr beteiligt.

Auch in den Vereinigten Staaten, Holland, Polen und besonders in Frankreich haben die englischen Zölle große Erregung ausgelöst. Dies um so mehr, als die Exportmöglichkeiten dieser Länder schon durch den Sturz des englischen Pfundes beschnitten sind. In Frankreich werden Vergeltungsmaßnahmen durch Einführung besonderer Wertzölle gegen England ergriffen. Auch in den Vereinigten Staaten machen sich ähnliche Strömungen geltend.

Die deutsche Regierung hat mit London Verhandlungen über die Zollfrage eingeleitet.

Deutschland sucht bei diesen Verhandlungen auf dem Zusatzprotokoll zum deutsch-englischen Handelsvertrag vom Dezember 1924, das unter Artikel 2 folgenden Passus enthält:

„Innerhalb der durch diese Abmachung gezogenen Grenzen verpflichtet sich jede Partei, keine Zölle oder Abgaben aufzuerlegen... die für den anderen Teil besonders abträglich sind... Sollte bei einem der beiden vertragschließenden Teile die Auffassung entstehen, daß einzelne der von dem anderen Teil festgelegten Zölle mit obigen Zusagen nicht in Einklang stehen, so erklären sich beide Teile bereit, darüber sofort in mündliche Verhandlungen einzutreten.“

Es besteht kein Zweifel, daß die von England eingeführten Zölle für Deutschland „besonders abträglich“ sind, so daß auf Grund dieser Vertragsklausel Verhandlungen mit England sich als notwendig und möglich erweisen. Die gestern veröffentlichte neue deutsche Notverordnung, die die Reichsregierung zu Zolländerungen im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses ermächtigt, eröffnet alle Möglichkeiten, auch die von Vergeltungsmaßnahmen. Es wäre zu hoffen, daß die Verhandlungen, die mit allem Ernst geführt werden müssen, schnell zu einer Verständigung führen.

Nichts wäre in der gegenwärtigen Situation verhängnisvoller, als wenn die schon so eingengten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen europäischen Ländern willkürlich durch vermeidbare Handelskriege weiter unterbunden würden.

Dänische Krone stürzt.

Im Zusammenhang mit dem scharfen Fall des englischen Pfundes spielten sich am Dienstag an der Kopenhagener Börse förmliche Szenen ab. Der Dollar stieg auf 5,53 gegen 5,22 Kronen, der holländische Gulden von 211 auf 225,50 und die Reichsmark auf 132 gegen 124 Dore. Die Goldparität der Krone zur Reichsmark betrug 88 Dore.

27,3 Milliarden Mark.

Einschrumpfung des Welthandels 1930 — Täglicher Verlust über 92 Millionen Mark.

Das neueste Heft der vom Department of Commerce in Washington herausgegebenen „Commerce Reports“ bringt eine Darstellung des Welthandels im Jahre 1930. Aus den Ziffern, die sich auf 90 Länder beziehen, geht hervor, daß sich der Welthandel von 1929 bis 1930 in der Ausfuhr von 32,1 auf 23,8 und in der Einfuhr von 34,8 auf 28,2 Milliarden Dollar vermindert hat.

Das amtliche Organ bemerkt hierzu folgendes: „Die Schrumpfung des Welthandels ist eine der wichtigsten Folgen, gleichzeitig aber auch eine der Ursachen der verschärften wirtschaftlichen Krise. Der Wert des Warenabflages war im Jahre 1930 um mehr als 6,5 Milliarden Dollar (27,3 Milliarden Mark) niedriger als im Jahre 1929. Dieser enorme Verlust im internationalen Warenaustausch, der sich arbeitstäglich auf rund 22 Millionen Dollar (etwa 92 1/2 Millionen Mark) beläuft, hat dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern und überall die allgemeine geschäftliche Depression zu verschärfen. Diese Schrumpfung hat die Bedeutung des Ausfuhrhandels für die Industrie der einzelnen Länder aufs neue gezeigt und ebenso die gegenseitige Abhängigkeit der Völker voneinander; denn die Einfuhr des einen Volkes ist die Ausfuhr des anderen und eine Verringerung der Produktion, des Beschäftigungsgrades und des Wohlstandes beider Teile.“

Diese Erkenntnis des offiziellen Außenhandelsorgans des ameri-

Zweifelhafte Landwirtschaftshilfe.

Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf die gesamte deutsche Landwirtschaft.

Das Reichskabinett berät zur Zeit den Entwurf einer neuen Notverordnung, durch den der Vollstreckungsschutz für die ostdeutsche Landwirtschaft auf die gesamte deutsche Landwirtschaft ausgedehnt werden soll. Nach diesem Entwurf sollen Zwangsversteigerungen nicht mehr vorgenommen werden dürfen, wenn zu erwarten ist, daß der landwirtschaftliche Betrieb bis zum Herbst nächsten Jahres weitergeführt werden kann. Außerdem sollen im Falle von Zwangsverwaltungen die Eigentümer selbst als Zwangsverwalter eingesetzt werden.

Der Protest der landwirtschaftlichen Interessentengruppen im Wirtschaftsbeirat gegen die letzte sich nur auf den Osten beziehende Notverordnung und der kürzliche Besuch des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates Brandes bei Hindenburg scheinen dem zu haben. Der Reichsernährungsminister Schiele vertritt die neuen Pläne natürlich besonders eifrig, um seinen jüngsten Ministertollegen Schlang-Schöningen in den Schatten zu stellen.

Gegen die letzte Osthilfe-Berordnung vom 17. November hatte sich bei den Getreide- und Viehhändlern, den Düngemittelfirmen und auch den landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Proteststurm erhoben, der gegen die restlose Zerstörung des ostdeutschen Kredit-systems gerichtet war. Damit die neueste Notverordnung nicht ähnliche Wirkungen zur Folge hat, soll sie Gläubiger-Schutzbestimmungen enthalten. Auch will man jetzt scheinlich die Ost-Notverordnung zum Schutze des ostelbischen Grundbesitzes verbessern. Ausführungsbestimmungen sind vorgegeben mit der Bestimmung, daß Verträge, die in der Zeit vom Inkrafttreten der Verordnung bis zur Eröffnung eines Sicherungsverfahrens zum Abschluß gelangen, so behandelt werden, als ob sie die Zustimmung des Treuhänders erhalten hätten. Damit unterliegen diese Geschäfte keinerlei rechtlichen Beschränkungen.

Die Reichsregierung hofft hierdurch die augenblicklich aufgetretenen Hemmungen im Kreditumlauf des östlichen Wirtschaftsgebietes zu beheben. Die Reichsbank hat sich schon zu weiterer Kreditgewährung bereit erklärt. Ob aber allein durch eine solche Bestimmung das Ziel erreicht wird, erscheint uns zweifelhaft. Die Schäden eines generellen Vollstreckungsschutzes für die gesamte Wirtschaft werden nur beseitigt, wenn die Schuldner ebenso

tanischen Handelsamts erscheint eigentlich selbsterständlich. Man ist jedoch in Europa, wie die allseitigen Zollerhöhungen und die in allen Ländern geführte Propaganda für die Bevorzugung des Außenhandels leuchtet eine allgemeine Verminderung der Produktion, des Beschäftigungsgrades und des Wohlstandes beider Teile.“

Große Umsätze bei MAN.

Gewinne werden reserviert — Gewaltiges Steigen der Belegstellenleistungen.

Die Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg A.-G. (MAN), eines der führenden Unternehmen im deutschen Maschinenbau, schließt das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31 einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr mit einem Reingewinn von 1,20 Mill. M. ab. Dieser Reingewinn, der einer Dividende von 6 Proz. entspricht, wird auf neue Jahresrechnung vortragen, während die Gesellschaft in den beiden vorhergehenden Jahren je 6 Proz. Dividende an die Aktionäre auszahlte.

Die Krisenfestigkeit dieses führenden Maschinenbaukonzerns zeigt sich darin, daß der Betriebsgewinn gegenüber der Hochkonjunktur vor zwei Jahren (1928/29) nur um 18,9 Proz. von 13,2 auf 10,7 Mill. gesunken ist. Zugleich sanken aber auch Steuern, Zinsen und Sozialabgaben um mehr als 14 Proz. auf 9,1 Mill. Die unverändert hohen Abschreibungen haben den Gesamtwert der Wertanlagen auf 22,7 Mill. verringert.

Der starke Auftragsbestand, der in das letzte Geschäftsjahr 1930/31 in Höhe von rund 100 Mill. übernommen wurde, hat die Krisenwirkungen bei dem Unternehmen noch nicht zur Geltung kommen lassen. So ist auch der Umsatz, den wir im vergangenen Jahr auf etwa 130 Mill. schätzten, im Laufe des letzten Betriebsjahres nur wenig zurückgegangen. Dagegen ist der Auftragsbestand im Laufe des Geschäftsjahres stark zusammengeschrunpft.

Außerordentlich charakteristisch für die Leistungssteigerungen der Belegschaft infolge der durchgeführten Rationalisierung ist die Tatsache, daß im Laufe der beiden letzten Jahre die Arbeiterkraft um 3630 Mann abgebaut wurde — sie sank von 15 030 bis auf 11 400 Mann — während nach den Angaben der Verwaltung der Umsatz sich fast auf gleicher Höhe hielt. Diese Entwicklung entspricht einer Leistungssteigerung von rund 24 Proz. je Kopf der Belegschaft, was natürlich eine entsprechende Senkung des Lohnkostenanteils am Produkt zur Folge gehabt hat. Wenn die Verwaltung der MAN, trotz alledem in verstärkter Form neuen Lohnaufbau zur Senkung der Gestehungskosten propagiert, aber kein Wort des Widerspruchs gegen die überhöhten Eisen- und Kohlenpreise findet, so wundert uns das bei diesen Vertretern des Maschinenbaues nicht, da die MAN, unter der Kontrolle des schwerindustriellen Hankei-Konzerns steht.

Der Index der Lebenshaltung.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 131,9 gegenüber 133,1 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,9 Proz. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,3 Proz. auf 121,8 Proz., für Bekleidung um 1,7 Proz. auf 131,9 und für „sonstigen Bedarf“ um 0,5 Proz. auf 181,5. Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert; die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist mit 149,0 nahezu unverändert geblieben. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren sowie für Milch und Milchzeugnisse zurückgegangen. Die Preise für Eier, Kartoffeln und Brot haben im Reichsdurchschnitt angezogen.

wie die Gläubiger herangezogen werden. Deswegen müßten die privaten Vermögenswerte der Landwirte, die sich unter den Vollstreckungsschutz stellen, einem Treuhänder übergeben, damit aus dieser für die Betriebsführung nicht nötigen Vermögensmasse die Ansprüche der Gläubiger befriedigt werden können.

Es wäre ein ungeheuerliches Unrecht, wenn die Gläubiger bis zu 50 Proz. ihrer Forderungen und auf Teile ihrer Zinsen verzichten sollen, während den Landwirten nicht der geringste Vermögensanteil erwächst. Auch ist es notwendig, daß die Ursache der Verschuldung in jedem einzelnen Falle geprüft wird. Ueberall dort, wo der einzelne Landwirt wegen zu großen privaten Aufwands in Schulden gekommen ist, darf der Vollstreckungsschutz nicht gewährt werden. Nur so kann erreicht werden, daß lediglich solche Landwirte das Sicherungsverfahren für sich in Anspruch nehmen, die ohne diese Hilfe ihren Betrieb tatsächlich nicht mehr weiterführen können. Das falsche Ziel der Befreiung würde jeden vernünftigen Betriebschutz unmöglich machen.

Senkung der Maispreise.

Zugeständnisse an unsere Forderungen.

Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat den Monopolverkaufspreis für Donaumais von 190 auf 155 und den für Plala, oder anderen Mais von 195 auf 160 Mark herabgesetzt. Damit soll der Roggenverfütterung entgegengeköhrt und die Futtermittellage verbessert werden. Zum Teil wird das durch diese Zugeständnisse an die von uns erhobenen Forderungen auch erreicht werden. Die Wirkungen werden aber unzureichend bleiben, da die Maispreise unter den Preis von 150 Mark für das Futtergemisch von Gerste und Kartoffellocken hätten gesenkt werden müssen. Es ist ein Unfug, die billigen Maispreise auf dem Weltmarkt nicht voll auszunutzen.



Was die Bürste für die Zähne — das ist **Wohlburt** für den Hals!

Zum 50. Todestag der Lebensgefährtin Marx'

2. Dezember 1881

Anna Geyer: Jenny Marx

Am 12. Februar 1814 wurde dem Baron Ludwig von Westphalen in Salzwehel eine Tochter geboren und nach ihrer schottischen Großmutter Jenny genannt. Zwei Jahre später siedelte die Familie nach Trier über. Sie bezog ein Haus in der Römerstraße, in dessen Nachbarschaft der jüdische Rechtsanwalt Heinrich Marx wohnte. Hier wuchs eine mit Jenny gleichaltrige Tochter auf. Nach zwei Jahren — im Jahre 1818 — wurde sowohl in der Familie von Westphalen wie in der Familie Marx ein Sohn geboren. Es waren Edgar von Westphalen und Karl Marx. Die vier Kinder wurden später Spielgefährten. Dies war der poetische Anfang der Beziehungen zwischen Karl und Jenny Marx.

Mit 21 Jahren war Jenny von Westphalen, wie Marx drei Jahrzehnte später noch voll Stolz schreibt, die Ballkönigin von Trier. Es wird von ihr berichtet, daß sie eine elegante, schöne, selbstbewußte Erscheinung war, daß ungewöhnliche Klugheit und innere Harmonie sie schon in jungen Jahren auszeichneten und daß sich ihr die glänzendsten Aussichten eröffneten, zumal ihre adlige Herkunft und ihr Vermögen über alle ihre guten Eigenschaften noch einen besonderen Schimmer warfen.

Diese Ballkönigin verlobt sich mit 21 Jahren mit dem damals siebzehnjährigen Karl Marx. Ihre „glänzenden Aussichten“ auf ein geruhames Leben in Wohlhabenheit tauscht sie ein gegen eine höchst ungewisse Zukunft an der Seite von Karl Marx. Ihre Sehnsucht ging nicht nach Ruhe und Geborgenheit, sondern nach einer Aufgabe, nach einer Leistung im Leben. Sie fühlte oder erkannte die glänzende Begabung von Karl Marx. Sie liebte ihn und empfand zugleich stark, daß sie für ihn die Frau ist, die ihm den Weg zur Entfaltung seiner Begabung erleichtern wird. Daß er an ihrer Seite zu Größe, Bedeutung und Anerkennung emporsteigt, das war ihres Lebens Ziel und Glück.

Der Altersunterschied verleiht ihr zunächst ein starkes Uebergewicht in den beiderseitigen Beziehungen. Als Karl Marx 1836 die Berliner Universität verläßt, da bestimmt sie, daß er ihre nicht schreiben darf, und daß auch sie nicht schreiben wird. Er soll in der Aufnahme von Wissen, er soll in seinen Studien nicht gestört werden. Hinter der Entfaltung seiner Begabung hat alles andere zurückzutreten. Karl Marx hat unter diesem brieflosen Dasein sicherlich gelitten. Er schrieb viele, lange und lyrische Gedichte. Auch für Jenny selbst war der Verzicht auf Korrespondenz nicht leicht. Ihren Entschluß hat sie aber durchgeführt. Karl Marx war schon länger als ein Jahr in Berlin, als er den ersten Brief von ihr bekam.

Endlich, 1841 kehrte Karl Marx als junger Doktor der Philosophie nach Trier zurück. An baldige Heirat war aber noch nicht zu denken. Karl Marx arbeitet zwar viel und er wird nach einigen Monaten als Chefredakteur an die „Rheinische Zeitung“ nach Köln berufen. Aber diese Stellung ist nicht sicher. Die preussische Zensur macht ununterbrochen Schwierigkeiten. Schließlich wird die Zeitung verboten, fünf Monate nachdem Karl Marx ihre Redaktion übernommen.

Karl Marx beschließt mit Ruge zusammen „Deutsch-Französische Jahrbücher“ herauszugeben, die in Paris erscheinen sollen. Es wird ihm ein Gehalt von 500 Talern jährlich ausgesetzt. Nun kann er Jenny von Westphalen heiraten, nachdem er sieben Jahre um sie gebittet hat. Am 19. Juni 1843 ist die Hochzeit. Einige Monate später siedelt das junge Paar nach Paris über. Hier erweist sich nach kurzer Zeit, daß auch diesmal die finanzielle Existenzgrundlage nicht sicher ist. Die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ gehen nach dem Erscheinen der ersten Nummer unter kräftiger Beihilfe der preussischen Polizei ein. In den weiteren literarischen Arbeiten jener Zeit stellt Karl Marx immer deutlicher die sozialistischen Grundgedanken dar. Die preussische Regierung setzt bei der Regierung Frankreichs seine Ausweisung durch. Anfang 1845 siedelt er mit seiner Familie nach Brüssel über.

Jenny Marx war in Paris Mutter geworden. Ihre Tochter Jenny ist bei der Ueberführung 3/4 Jahr alt. Im Herbst 1845 wird eine weitere Tochter, Laura, geboren und ein Jahr später der Sohn Edgar. Mutterschaft bedeutete für die Frauen jener Zeit eine außerordentlich schwere Belastung. Es wurden viele Kinder geboren, und viele starben wieder früh. Jenny Marx, die erst mit 28 Jahren heiratete, hatte sieben Kinder. Vier davon hat sie durch den Tod verloren. Von ihrem leidenschaftlichen Schmerz berichten Tagebuchblätter.

Wie in Paris, so bildet sich in Brüssel wieder ein Kreis bedeutender Menschen um das Ehepaar Marx. Sie werden angezogen von Marx' genialer Geist, und sie werden in Fesseln geschlagen von der Gastfreundschaft und Klugheit der schönen, witzigen Frau Marx. In Paris schwärmen Herwegh und Heinrich Heine von ihr. In Brüssel sind es nicht Dichter, sondern junge deutsche Sozialisten. Um den organisatorischen Zusammenhalt der deutschen Emigranten und um ihre theoretische Durchbildung kümmert sich Karl Marx. Eine starke menschliche Bereicherung erfahren sie durch ihren Umgang mit Jenny Marx, zu der sie verehrend emporblicken. Sie erleben zum erstenmal die ihrem Mann gleichgestellte kameradschaftliche Frau. Die Erinnerungen von Stephan Born stammen aus dieser Zeit. Die von Liebknecht und Behner liegen zeitlich etwas später. Sie spiegeln aber den gleichen Eindruck.

Das Revolutionsjahr 1848 beendet für die deutschen Sozialisten das Exil in Brüssel. Sie kehren nach Deutschland zurück und beteiligen sich fast alle führend an der Revolution. In Köln lebt Marx' alte Zeitung als „Neue Rheinische Zeitung“ wieder auf. Marx ist wieder ihr Chefredakteur. Die Tonart seines Blattes ist die kräftigste in allen deutschen Ländern.

Bald wird aber die preussische Reaktion noch kräftiger. Im Mai 1849 kann sie es wagen, Karl Marx aus Preußen auszuweisen. Für die Zeitung bestanden schon vorher finanzielle Schwierigkeiten. Karl Marx hatte sie deshalb auf eigene Rechnung übernommen. Das kostete ihn das Vermögen der Familie und sein ganzes Haus und Gut.

Am wie die Kirchenmäuse ziehen Karl und Jenny Marx im September 1849 nach London ins neue Exil. Sie haben keine Banknoten, sondern Wandscheine in den Taschen. Sie bringen drei kleine Kinder von drei, vier und fünf Jahren mit. Ihnen zur Seite geht Lenchen Demuth, die treue und opfermütige Hausgehilfin. Einen Monat später wird das vierte Kind geboren.

Es folgen nun zwei Jahrzehnte allergrößter Not. Erst im letzten Jahrzehnt ihres Lebens konnten Karl und Jenny Marx etwas aufatmen. Ihr treuer Freund Friedrich Engels, der allezeit ausgeholfen hatte so gut er vermochte, konnte ihnen dann jodelnd Geld zur Verfügung stellen, daß Jenny Marx nicht mehr ununterbrochen

von Zahlung fordernden Bäckern, Gemüsehändlern, Fleischern und Zimmervermieterinnen bedrängt wurde.

Karl Marx, dessen Gedankengänge eine geistige Welt in Bewegung setzten, hat niemals vermoht, mit dieser seiner Arbeit seine Familie zu ernähren. Er hätte es natürlich gekonnt. Freilich wurde Bankbeamter, Engels war Kaufmann, andere schlugen sich als Sprachlehrer durch.

Daß Karl Marx trotz aller Not niemals, sein eigentliches Werk einer bürgerlichen Stellung, einem Broterwerb zum Opfer bringen mußte, das dankt er, und mit ihm die sozialistische Arbeiterschaft, der Hilfsbereitschaft von Engels aber noch mehr dem unerhörten Opfermut von Jenny Marx. Ihrer Forderung, daß er eine Stellung annehmen möge, hätte er auf die Dauer nicht widerstehen können. Welche Frau, welche Mutter hätte eine solche Forderung nicht erhoben? Jenny Marx spielt nicht einen Augenblick mit diesem Gedanken. In aller Not und Sorge ist ihr immer das Erste: das Wort von Karl Marx darf nicht darunter leiden. Das ist das oberste Gebot ihres Lebens. Es ist der unerschütterliche Glaube an Karl Marx und seine Berufung. Frauen mit dem großen Glauben an die Leistung ihres Mannes gibt es viele. Frauen, die diesem Glauben an ihren Mann bedenkenlos das Opfer eigenen Wohl-

ernehmens bringen, gibt es wenige. In den Beziehungen von Jenny zu Karl Marx liegt aber noch mehr als dieser Opfermut. Sie fühlt den Sinn ihres Lebens mit seinem Werk so identisch, daß sie nicht ertragen könnte, wenn er seiner Aufgabe untreu würde, oder sie auch nur vernachlässigte. Ein Schimmer ihrer ersten Gefühle für jenen jungen Karl Marx, in dessen Leistung sie ihre Lebensaufgabe sieht, bleibt immer in ihren Beziehungen zu ihm.

Er selbst fühlt das wohl und er kennt ihren menschlichen und geistigen Wert. Aus ihrem unerschütterlichen Vertrauen sprudelt ihm der Quell seines Selbstbewußtseins, seines festen Glaubens an die Richtigkeit des eigenen Urteils, auch später noch, als in Deutschland die Führer der Partei Entscheidungen zu treffen haben, und er sie unbefangen aus der Ferne, von London aus kritisiert.

Aus seiner gewaltigen Leistung heraus, deren er sich wohl bewußt ist, rechtfertigt er vor sich selbst die Annahme der Opfer von Engels und den Anspruch auf diese Frau, die er liebt und die er voll Begeisterung verehrt bis an das Ende seiner Tage.

Am 2. Dezember 1881 starb Jenny Marx. Am Tage ihres Todes sagte Friedrich Engels: „Nun ist Karl Marx auch gestorben.“ Eleanor Marx schauderte vor diesem Wort seines Freundes und sie wußte später wie recht er hatte.

Persönliche Erinnerungen an Jenny Marx

Eduard Bernstein:

Am 2. Dezember 1881 verschied in London nach langem schmerzhaften Leiden Frau Jenny Marx, die Lebensgefährtin und langjährige Mitkämpferin von Karl Marx. Aufrichtige Bewunderin ihres Mannes, war Jenny Marx ihm die ganze Zeit ihrer Ehe über eine treue Mitarbeiterin bei seinen schriftstellerischen Arbeiten und eine hingebende politische Mitkämpferin gewesen. Sie legte außerdem großen Wert darauf, ihm in Deutschland erscheinende politische Veröffentlichungen von Bedeutung zu besorgen. Kurz, ihre Ehe konnte an geistiger Harmonie nicht übertroffen werden. Allerdings fehlte es ihr auch nicht an schweren, die Familie ungemein bedrückenden wirtschaftlichen Sorgen. Ganz besonders litt diese unter den Folgen des Jammers, den der frühe Tod der erstgeborenen Kinder bei ihr hervorrief. Beide, Vater und Mutter, gingen mit zärtlicher Liebe an ihren später geborenen Töchtern und boten ihr Möglichstes auf, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Daß ich bei meinem ersten Besuch in der Familie Marx Frau Jenny Marx kennengelernt habe, habe ich in meinem Buch „Aus den Jahren meines Exils“ erzählt. Wie ich dort ausgeführt habe, geschah dies unter der Führung von August Bebel, der es im dritten Band seiner Lebenserinnerungen genauer geschildert hat.

Bebel beschreibt in dem betreffenden Kapitel eingehend, wie mir bei jenem Besuch mit der schwer leidenden Frau Jenny Marx bekanntgemacht wurden und welchen vorzüglichen Eindruck diese feingebildete Frau auf uns machte, die freiwillig ihr Krankenlager verlassen hatte, um unten im Besuchszimmer Bebel und mich zu begrüßen. In meinem genannten Buch heißt es darüber:

„Sie brachte in freundlichen Worten, die sich auf unsere politische Tätigkeit bezogen und dabei Bebels Verdienste gebührend würdigten, Bebels und meine Gesundheit aus, mußte sich aber nach Tisch bald wieder in ihr Krankenzimmer zurückziehen. In ihrem Benehmen verriet sie die feingebildete Frau; ihre Rede war bei aller Wärme frei von Ueberchwänglichkeiten.“ Der tiefe Eindruck, den sie bei allen Besuchern hinterließ, spricht als Beweis dafür, daß dem Namen Jenny Marx neben dem ihres großen Gatten in der sozialistischen Welt ein untergängliches, verehrungswürdiges Andenken gesichert ist.

Wilhelm Liebknecht:

„Frau Marx hat auf meine Entwicklung vielleicht einen ebenso starken Einfluß gehabt, wie er selbst. In ihr fand ich eine schöne, hochsinnige, geistvolle Frau, die sich des freudlosen, an den Themsestrand verschlagenen Freischärlers halb mütterlich, halb schwehlerisch annahm. Der Verkehr in dieser Familie hat mich — das glaube ich fest — vor dem Untergang im Flüchtlingsleben gerettet.“

(Erschienen 1864 in des Feuilletonkorrespondenz von Eduard Fuchs.)

„Frau Marx war die erste Frau, durch welche ich, die erzieherische Kraft und Macht der Frauen erkennen lernte. Meine Mutter war so früh gestorben, daß ich von ihr nur schattenhafte, verschwommene Vorstellungen habe, und später fand ich mich auch — außer auf ganz kurze Zeit, und auch das in sehr früher Kindheit — von weiblicher Gesellschaft, die mich hätte emporheben und zur Milderung und Schließung meines Wesens hätte beitragen können, vollkommen ausgeschlossen. Ehe ich Frau Marx traf, hatte ich die Wahrheit des Goetheschen Wortes nicht begriffen:

Willst du genau erfahren was sich ziemt,

So frage nur bei adlen Frauen an!

Sie war mir bald Aphigenia, die den Barbaren säugte und bildet, bald Eleonore, die dem mit sich Zerfallenen, an sich Zweifelnden Ruhe gibt — Mutter, Freundin, Vertraute, Beraterin. Sie war mir das Ideal eines Weibes, und sie ist es mir. Und — es sei hier wiederholt — wenn ich in London nicht zugrunde gegangen bin, geistig und körperlich, dann verdanke ich es zum großen Teil ihr, die wenn ich dachte, in dem brandenden Ozean des Flüchtlingslebens zu versinken, mir wie Deutheia dem schiffbrüchigen Odysseus erschien und wieder Mut gab zu schwimmen.“

(Aus dem Buch „Karl Marx zum Gedächtnis“, Nürnberg 1886.)

Friedrich Leßner:

(Mitglied des Generalrates der 1. Internationale):

„Marx' Haus stand jedem zuverlässigen Genossen offen. Die angenehmen Stunden, welche ich, wie viele andere, in seinem Familienkreise verlebte habe, sind mir unvergänglich. Hier glänzte vor allem die ausgezeichnete Frau Marx, eine große, selten schöne Frau, vornehm in der äußeren Erscheinung, dabei aber so außergewöhnlich gutmütig, lebenswürdig, geistreich und so frei von allem Stolz und jeder Eitelkeit, daß man sich in ihrer Umgebung wie bei seiner eigenen Mutter oder Schwester behaglich zu Hause fühlte. Ihr ganzes Wesen erinnerte an die Worte des schottischen Volksdichters Robert Burns: „Weib, liebliches Weib, der Himmel bestimmte dich, den Mann zu belächeln.“ Sie war für die Sache der Arbeiterbewegung voller Begeisterung, und jeder, selbst der kleinste Erfolg im Kampfe gegen die Bourgeoisie verursachte ihr die größte Beugung und Freude.“

(Aus „Erinnerungen eines Arbeiters an Karl Marx“, 1886.)

M. Kowalewski:

„Selten ist mit einer Frau begegnet, die ihre Gäste in ihrer bescheidenen Wohnung so gastfreundlich empfangen hätte und die bei all ihrer Einfachheit doch das zu bleiben verstand, was die Franzosen „une grande dame“ nennen.“

(Aus einem Aufsatz des russischen Soziologen, erschienen 1905.)

Stephan Born:

„Ich habe selten eine in ihrer äußeren Erscheinung wie in ihrem Herzen und Geist so harmonisch gestaltete Frau gekannt, die bei der ersten Begegnung so sehr für sich eingenommen hätte wie Frau Marx. Sie war blond, ihre Kinder, damals noch klein, waren dunkelhaarig und dunkeläugig wie ihr Vater.“

„Ich habe auch selten eine so glückliche Ehe gekannt, in welcher Freund und Leid, das letztere in reichlichem Maße, geteilt und aller Schmerz in dem Bewußtsein vollster gegenseitiger Angehörigkeit überwunden wurde.“

Frau Marx lebte in den Ideen ihres Mannes, sie ging dabei ganz und gar in der Sorge für die Ihrigen auf und war doch himmelweit von der stumpfsinnigen, den Kochlöffel rührenden deutschen Hausfrau entfernt.“

(Aus den „Erinnerungen eines Schlandreisenden“, 1898.)

Paul Lafargue:

„Sein ganzes Leben hindurch war ihm (Marx) seine Frau eine Gefährtin im wahrsten und vollsten Sinne des Wortes. Niemand hat je in höherem Maße das Gefühl der Gleichheit befaßt, als Frau Marx, und dies obgleich sie in einer deutschen Aristokratensfamilie geboren und erzogen war. In ihrem Hause, an ihrem Tische empfing sie Arbeiter im Werktagsanzug mit der nämlichen Höflichkeit und Zuortommenheit, als ob es Fürsten und Prinzen gewesen wären. Viele Arbeiter aller Länder haben ihre lebenswürdige Gastfreundschaft kennen gelernt, und ich bin überzeugt, keiner von ihnen allen hat vermutet, daß die Frau, welche sie mit so schlichter und ungeheuchelter Herzlichkeit aufnahm, in weiblicher Linie von der Familie der Herzöge von Argyll abstammt und daß ihr Bruder Minister des Königs von Preußen gewesen war.“

(Aus einem Artikel des französischen Parteiführers und Schwager Sohns von Marx in der „Neuen Zeit“, 1890.)

Eleanor Marx-Aveling:

„Es ist keine Uebertreibung, wenn ich sage, ohne Jenny von Westphalen hätte Karl Marx niemals der sein können, der er war. Beide paßten vollkommen zusammen und ergänzten sich. Von außerordentlicher Schönheit, welche die Bewunderung seines Herweghs bis zu Vassalle erregte, voll glänzender Begabung und Witz, ragte Jenny von Westphalen aus Tavinden hervor.“

(Aus einem Beitrag der jüngsten Tochter von Marx für den Fortschrittlichen Arbeitertalender, 1884.)

Die Familie von Westphalen

Ludwig von Westphalen, der Vater von Jenny Marx, war hoher Beamter in Trier. Er stammte aus einer alten braunschweigischen Beamtenfamilie. Sein Sohn aus erster Ehe, also ein Stiefbruder von Jenny Marx, wurde 1830 in Zeiten schwerster Reaktion, Innenminister des Königs von Preußen.

Berühmt wurde der Name der Familie durch Philipp von Westphalen, den Großvater von Jenny Marx. Während des Siebenjährigen Krieges entfaltete Philipp von Westphalen hervorragende militärische Talente. Den Besten Preußens schickte damals ein braunschweigisch-englisches Heer. Trotz zahlenmäßiger Ueberlegenheit seiner Gegner zog dieses Heer von Sieg zu Sieg. Sein Führer war Herzog Ferdinand von Braunschweig. Er verdankte seine kriegerischen Erfolge der Tatsache, daß er bis ins kleinste die militärischen Vorschläge Westphalens ausführte.

Philipp von Westphalen war damals der eigentliche Generalstabschef und zugleich Generalquartiermeister des ganzen langjährigen Feldzuges. Nach außen bekleidete er die bescheidene Stellung eines Geheimsekretärs des Herzogs. Ehrungen, die ihm der Herzog von Braunschweig und der König von England anboten, lehnte er selbstbewußt ab. Nur mit seiner Erhebung in den Adelsstand war er einverstanden, offenbar weil er damals schon beabsichtigte, Jeanne Wischart of Pittarow zu heiraten, die aus einer der ältesten schottischen Baronsfamilien stammte.

In den Adern dieser Frau, der Großmutter von Jenny Marx, pulsierte das Blut ihrer schottischen Vorfahren, die berühmt waren als selbstbewußte Rebellen, jederzeit zum Kampf und auch zu jedem Opfer bereit. Einer ihrer Vorfahren mußte als Kämpfer für die Revolution den Scheiterhaufen besteigen, ein anderer wurde auf dem Marktplatz in Edinburgh in aller Öffentlichkeit geköpft. Er war einer der Führer im Freiheitskampf gegen Jakob II. gewesen.

Von der Klugheit und Kühnheit ihrer Vorfahren, von ihrem Kampfwillen und Opfermut und von ihrem Streben, dem Geist ihrer Zeit voranzugehen, ist in Jenny Marx ein gut Teil lebendig geworden.

Funktionäre treu zur Partei!

Breitscheids Kampfreden. — Freiheitsflieger Bassanesi stürmisch umjubelt.

Eine außerordentlich stark besuchte Funktär-Konferenz der Berliner Sozialdemokratie im großen Saal der „Neuen Welt“ nahm gestern abend Stellung zur politischen Lage. Das Thema, das ursprünglich „Sozialdemokratie und internationale Abrüstung“ lautete, wurde auf eine Besprechung der innenpolitischen Lage ausgedehnt.

Die glänzende verlaufene Versammlung fand mit einer jubelnden Begrüßung des italienischen Freiheitsfliegers Bassanesi einen begeisterten Abschluß. Als Hauptredner sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Genosse

Rudolf Breitscheid:

Zwischen der Frage der Abrüstung und den deutschen innenpolitischen Problemen besteht eine enge Verbindung. Während vor dem Kriege nur die internationale Arbeiterklasse unter dem Widerstand der Regierungen für die Abrüstungen kämpfte, hat der Weltkrieg auch für andere Kreise Zweifel aufgeworfen, ob der alte Satz: „Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg!“, nicht falsch sei. Breitscheid legte sodann die Verschiedenheiten dar, die in der Abrüstung nach den Friedensverträgen von 1919 für Besiegte und Sieger, sowie die neuen Staaten bestehen. Er betonte, daß nach den Verträgen ohne Zweifel ein

Deutscher Rechtsanspruch auf die Abrüstung auch der anderen Staaten

bestände. Das habe auch in Übereinstimmung mit der gesamten französischen Sozialdemokratie der Genosse Blum immer mit Deutlichkeit hervorgehoben. Wenn diese Verpflichtung von den französischen bürgerlichen Regierungen immer wieder umgangen wird, dann besteht die Gefahr, daß für die Anhänger einer deutschen Aufrüstung eine Verführung zur Bekämpfung der durch Deutschland übernommenen Verpflichtungen vorliegen könnte. Die Arbeit des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage, die er selbst in seinen Satzungen als vordringlich bezeichnet, ist leider nur langsam vor sich gegangen. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz hat ein vor allem für Deutschland völlig unzureichendes Rahmenprogramm geschaffen, die Völker müssen auf die Regierungen einwirken, damit nach Völkerbundsstatut und Schiedsgerichtsverträgen, nach Locarno- und Kellogg-Vertrag die Abrüstung endlich Wirklichkeit werde.

Die Nationalisten des Auslandes operieren damit, daß Deutschland seine Verpflichtungen durchbräche. Ich bin des guten Glaubens, daß dies nicht der Fall ist oder Reichsgerichtsurteile wie im Fall der „Weltbühne“, die auf Grund einer geheimen Verhandlung und bei einer geheimen Urteilsverkündung erfolgt sind, müssen im Ausland den Eindruck erwecken, daß Deutschland etwas zu verbergen habe. Im übrigen aber weiß Frankreich, und das hat die letzte Rede des Ministerpräsidenten Laval bewiesen, indem er sich auf die „unerhörten Kundgebungen“ gewisser deutscher Kreise berief, auf das

Erwarten des deutschen Nationalismus

hin. Die französische Politik ist an diesem Erwarten zu mindesten nicht unschuldig. Frontalris Goldpolitik schafft dem nationalen Radikalismus neue Arbeitslose und Verzweifelte. Aber Frankreich ist nicht allein verantwortlich. Wir können nicht behaupten, daß unsere eigenen Machthaber in Deutschland an der Entwicklung schuldlos seien. Alles auf die Reparationen zu schieben, ist irrig. Wir müssen unsere eigenen Fehler sehen. Liefern wir nicht Frankreich einen starken Vorwand, gegen die Abrüstung zu kämpfen, wenn der französische Bürger annehmen zu können glaubt, daß die Nationalsozialisten bei uns zur Herrschaft kommen? Die deutsche Regierung besorgt sich, daß nach französischen Stimmen ein Hitler-Regiment zu erwarten sei, weil die bestehende Regierung zu schwach wäre.

Französische Nationalisten wünschen eine Hitler-Regierung, um dann einen noch stärkeren Druck auf Deutschland ausüben

und andere Bedingungen wie die gegen Brüning stellen zu können. Darum hätte die deutsche Regierung die Pflicht, den Nationalsozialisten mit aller Energie entgegenzutreten und immer wieder vor breiter Öffentlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, die Deutschland durch eine Regierung Hitlers drohen. Diese Pflicht hat vor allem der Reichstanzler, der zugleich Außenminister ist. Nicht nur die Wahlerfolge der Nationalsozialisten können den Nationalisten Frankreichs Vorwände gegen die Abrüstung bieten, sondern vor allem auch das Terrorregiment der braunen SA-Truppen, namentlich auf dem platten Lande. (Starke Zustimmung.) Ich glaube nicht an einen bevorstehenden nationalsozialistischen Putsch, aber ich glaube an den Einschüchterungsversuch der Nationalsozialisten gegenüber noch widerstehenden Teilen des Bürgertums und auch der Arbeiterschaft, die zu dem Schluss kommen sollen: Wir ertragen es nicht länger, wir sehen nicht mehr ein, warum wir eine so schwache Regierung stützen sollen. Die Reichsregierung hat die Pflicht, alle Machtmittel zur Abwehr anzuwenden. Sie hat das bisher nicht getan.

Der Parteiausschuß hat deshalb heute weitgehende Entschlüsse gefaßt, die den Kampfwillen und die Kampffähigkeit der Genossen vermerken sollen.

(Zuruf: höchste Zeit!) Sowohl, aber wir hatten gute Gründe, zu warten. Wir stehen hiermit nur in der Abwehr. Wir sind glücklich, daß Severing und die Preußenregierung mit aller Energie den Nationalsozialismus bekämpfen. Wir haben aber oft den Eindruck, als ob die Reichsregierung dies nicht tut. Vielleicht will es Brüning, aber wir wissen nicht, ob er innerhalb der Reichsregierung den genügenden Einfluß hat, seinen Willen durchzusetzen. Parteiausschuß und Reichstagsfraktion verlangen, daß die Regierung Staat und Arbeiterschaft gegen nationalsozialistische Mordbuben schützt. Handelt sie nicht danach, so ist die Regierung Brünning wert, zu fallen. (Stürmische Zustimmung.)

Breitscheid wandte sich dann gegen das falsche Spiel der kommunistischen Parteilitung, die das abgegriffene Wort von der Einheitsfront nur lästernd gebrauchte. Was ich in Darmstadt sagte, führte dazu, daß die „rote Fahne“ als Hauptfeind die Sozialdemokratie bezeichnete. Im Abwehrkampf soll für uns nicht das Parteibuch maßgebend sein, aber sobald wir diese Dinge nur ganz vorsichtig berühren, dann fallen uns die Kommunisten in den Rücken. (Lebhafte Zustimmung.) Noch einmal rufen wir die Regierung Brüning zur

Propaganda und Tat gegen den Nationalsozialismus

auf. Duldet sie Braunschweiger Zustände, dann besiegelt sie ihr Schicksal selber. Dann wird es uns leid, einer Regierung unsere Unterstützung zu leihen, die den Kampf gegen den Faschismus nicht aufnehmen und immer wieder die Hauptlasten auf die Arbeiterklasse legen will. Die einzige wirkliche Stütze der Regierung ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft, mag sie sich vielleicht im wesentlichen auch auf das Zentrum noch verlassen können. Die härtesten Kadres der Republik stellt die Sozialdemokratie, stellt das Proletariat. Das Großkapital lehnt die Republik ab, es sehnt die Vergangenheit oder die Herrlichkeiten des Dritten Reiches herbei. Was die neue Notverordnung bringen soll, klingt nicht verheißungsvoll. Man spricht von neuem Gehaltsbau und einem neuen Lohnantritt. Unvergüßlich werden wir bei der Reichsregierung energische Vorstellungen erheben. Wir sagen uns, daß

auf die Dauer nicht jede Last uns aufgebürdet werden kann,

(anhaltender Beifall) obwohl wir wissen, daß es unter einer eventuellen Rechtsregierung ohne Zweifel nicht besser würde. (Sehr richtig.) Aber es gibt eine Grenze der Tolerierungspolitik. Entschörungen, von denen das Weiterbestehen der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und die Freiheit der Rede und der Presse abhängen kann, dürfen gewiß nicht im Taumel gefaßt werden. Wir denken an Mussolini, und wir werden, trotzdem wir von der größeren Widerstandskraft der deutschen Arbeiterorganisationen gegenüber den italienischen Verbänden überzeugt sind, bestimmt nicht leichtfertig handeln. Wenn aber ein Wechsel in unserer Politik eintreten sollte, dann müssen wir gewiß sein, daß die Parteigenossenschaft bereit ist, mit Wort und Tat und mit verbundertachtem Eifer für unsere Entscheidungen einzutreten und zu kämpfen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Nachdem Genosse Litta die Entschörungen bekannt gegeben, die der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion in gemeinsamer Sitzung gestern angenommen hatten, begann die Funktärkonferenz die

Diskussion.

Kubetschek forderte ein schärferes Vorgehen der in antischnen Stellen befindlichen Parteigenossen gegen die Terrorakte der Faschisten. Besonders auf dem Lande müsse die Bevölkerung mehr als bisher geschützt werden. Bei der Zusammenkunft der Delegation zur internationalen Abrüstungskonferenz darf sich die Sozialdemokratie nicht ausschalten lassen.

Dr. Käthe Franckenthal bedauerte, daß die Sozialdemokratie zur Überwindung der Wirtschaftskrise kein sozialistisches Rezept angeben konnte. Nicht zuletzt deshalb sind die Massen der Wähler zu den Nationalsozialisten gegangen. Leider sind wir uns heute darüber einig, daß wir in der Abwehr der Nationalsozialisten nicht mehr ausschlaggebend sind. Eine Demissionsdrohung Brünings darf keinen Einfluß mehr auf unsere Politik haben. Dem nationalsozialistischen Wollen müßten wir uns mit dem Willen zur sieghaften Abwehr entgegenstellen.

Kotshild: Gegen die Situation in Deutschland müsse die Partei so aktiv werden, wie jetzt das Reichsbanner; Resolutionen helfen da nicht mehr. Redner kritisierte die Sparmaßnahmen der Reichsregierung besonders bei den Arbeitsämtern.

Künster-Kaufmann: Die Politik der Regierung wird bewußt auf die Zerstückelung der sozialen Lage der Arbeiterschaft eingestellt, deshalb darf die Sozialdemokratie diese Regierung nicht mehr tolerieren. Es wäre besser gewesen, wenn die Partei den Nationalsozialisten beim Reichstagszusammentritt Gelegenheiten gegeben hätte, sich in der Regierung bis auf die Knochen bloßzustellen. (Lebhafte Widerspruch der ganzen Versammlung.) Seit 1918 wird in den Massen keine Regierung so gehaßt wie die Regierung Brüning, aber auch keine Partei so wie die Sozialdemokratie. (Erneuter Widerspruch.) Wenn wir weiter tolerieren, kann es bald heißen: Zu spät!

Künster: Es ist falsch, wenn Genossen alles in der Politik unter dem Gesichtspunkt Brüning betrachten. Es gibt auch eine andere Perspektive, die heißt „Bürgerkrieg“. Die Sozialdemokratie hat bisher alles aufgeboten, um dem deutschen Volke den Bürgerkrieg zu ersparen. Sozialdemokratische Führer haben sich nicht die Generale des Weltkrieges zum Vorbild zu nehmen, sie dürfen nicht mit Menschenleben spielen. (Beifall.) Sehen wir nach Italien. Dort ist die Arbeiterschaft nach neun Jahren Regierungszeit des Faschismus weiter denn je davon entfernt, Mussolini zu stürzen.

Wenn Brüning die Arbeiterschaft weiter belasten will, wenn die Regierung weiter den Faschisten so untätig wie bisher gegenübersteht, dann sollte die Tolerierung aufhören.

Bewußt darf die Sozialdemokratie die Nationalsozialisten nicht an die Regierung lassen.

Für unsere Politik gegen die Faschisten sind die im Saale anwesenden Funktionäre genau so verantwortlich wie die Führer der Partei.

Jengler: Wer den Krieg im Schützengraben mitgemacht, ist auch für die Abrüstung. Zum Glück gibt es bei der Sozialdemokratie mehr Frontkämpfer als bei den Nazis. Seit 1918 steht die Partei in der Abwehr, daraus ergibt sich unsere Schwäche gegenüber den anderen. Mehr als bisher sollte die Partei den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft führen, dann werden wir den Nationalsozialisten das Wasser abgraben.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. Im Schlußwort betonte

Dr. Breitscheid.

im Anfang der Tolerierungspolitik seien auch diejenigen dafür gewesen, die jetzt deswegen die Partei verlassen haben. Wir haben Brüning toleriert, um den Bürgerkrieg so lange wie möglich zu vermeiden, wir haben toleriert, um die Nationalsozialisten solange als möglich von der Herrschaft fernzuhalten. Man müsse diejenigen Kritiker bewundern, die immer und stets voraussehen, welchen Weg die Politik nehmen wird. Jedenfalls wollten wir eine Regierung verhindern, die die Rechte der Arbeiterschaft noch mehr zu Füßen tritt, wie die jetzige. Man sollte doch davon überzeugt sein, daß Hugenberg das Tarifrecht der Arbeiter noch weniger achten würde, wie Brüning.

Die Sozialdemokratie wird nie leichtfertig den Faschismus ans Ruder lassen. Und alle, die jetzt und immer so laut gegen die Nationalsozialisten in den Versammlungen sprechen, werden doch sicher später einmal auf der Straße im Kampf gegen die Faschisten stehen. Gewiß würden die Faschisten einmal auf die Sozialdemokraten nicht gerade sie immer wieder ihre Absichten an Volk und Meinung zu kneifen und herunterzukasteln. Das darf nie und

nimmer vergessen werden, besonders nicht von Sozialdemokraten. Deshalb müssen wir auch stets die Massen darauf hinweisen, daß nur die Sozialdemokratie die Hüterin der demokratischen Rechte des Volkes ist. (Lebhafte Beifall.)

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Solange die Abrüstung nicht durchgeführt ist, ist der Frieden stets gefährdet. Die Friedensverträge haben einzelne Länder zur Abrüstung gezwungen und die Abrüstung der anderen versprochen. Die langen Verhandlungen in Genf haben jedoch bisher kein greifbares Resultat ergeben. Die Kosten der Abrüstungen wachsen. Die Geduld der Völker ist aufs äußerste angepannt.“

Daher fordern wir von den auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen, daß sie endlich zu positivem Handeln übergehen. Ein Vertrag muß abgeschlossen werden, der sofort eine großzügige Herabsetzung der Heeresbestände, des Kriegsmaterials in allen Formen und der Militärausgaben sicher und zur vollständigen, allgemeinen und kontrollierten Abrüstung führt.

Nach der Annahme dieser Resolution gab es eine Sensation in der Versammlung. Auf der Bühne erschien, von führenden Berliner Parteigenossen begleitet,

der italienische Freiheitsflieger Bassanesi.

der über Mailand antischnische Flugblätter abwarf, und jüngst bei einem neuen Versuch eines Fluges in Konstanz festgenommen wurde. Bassanesi wurde den Funktionären vorgestellt und mit donnerndem Beifall begrüßt.

Genosse Litta gab eine kurze Darstellung des heldenhaften Kampfes, den Bassanesi und seine Kameraden gegen den italienischen Faschismus führen und gedachte dabei de Bosis, eines Risikoreiters von Bassanesi, der nach dem Abwurf der antischnischen Flugblätter ums Leben kam. Die Versammlung hörte die Worte Littas stehend an.

Bassanesi spricht.

Dann nahm, mit wiederholtem stürmischem Beifall begrüßt, Bassanesi das Wort zu einer französisch gehaltenen Ansprache. Er bedauerte, zu den deutschen Arbeitern nicht in ihrer Muttersprache sprechen zu können. Er danke den Berlinern und den deutschen Sozialdemokraten für die Hilfe, die sie der antischnischen Sache angedeihen lassen, der antischnischen Sache, die die Sache der Freiheit ist. Er, Bassanesi, sei in dieser Stunde ganz besonders bewegt, weil er wisse, daß auch

für das deutsche Volk die erste Stunde

angebrochen sei, in der seine Freiheit bedroht sei. Dabei dachte er tiefbewegt an sein Vaterland, als dort noch das Volk die Freiheit hatte. Mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Sozialdemokratie die Kraft aufbringen werde, alle Anschläge der Faschisten auf die Freiheit abzuwehren, schloß Bassanesi unter ungeheurem Beifall seine Ansprache.

Im Namen der Versammlung dankte Genosse Litta Bassanesi für sein Kommen und für seine Worte. Stehend brachten die Funktionäre auf den tühnen italienischen Freiheitskämpfer, auf die deutsche und die internationale Sozialdemokratie ein brausendes Hoch aus.

Der Gesang der Internationale schloß die Versammlung.

Rekordtieffand des Pfunds.

Bereits mehr als 30 prozentige Entwertung.

London, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Pfundkurs nähert sich seinem Rekordtieffand in den Nachkriegsjahren. In der Londoner City schloß das Pfund am Dienstag mit 3,29 1/2 Dollar (13,90 Mt. statt einer Parität von 20,50 Mt.). Vorher den bekannten objektiven Gründen für die gegenwärtige Schwäche — gesteigerte Einfuhr in Erwartung von neuen Zöllen, Saisonbelastung, Zinszahlung der 5prozentigen Kriegsanleihe, die zum größten Teil ins Ausland geht — ist sie auch weiterhin durch psychologische Gründe bedingt. In Paris werden die Aussichten des Pfundes besonders ungünstig beurteilt. Die Möglichkeit einer Erhöhung der ungedeckten Notemissionen beunruhigt, obwohl kein objektiver Grund für eine Inflationsfurcht bei einer Erhöhung des ungedeckten Notenumlaufs besteht.

(Siehe auch Wirtschaftsteil.)

Regierung und Putschisten.

Sozialistische Enthüllung im ungarischen Parlament.

Budapest, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Abgeordnetenshaus bezeichnete der Innenminister die aufgedeckte putschistische Verschwörung als ganz bedeutungstos; die Schuldigen würden bestraft werden.

Der Sozialdemokrat Gyárti erklärte, er glaube diesen Verfassungen nicht. Auch der Innenminister und der Budapestener Oberstadthauptmann (Polizeipräsident) seien Mitglieder rechtsradikaler Geheimgesellschaften. Der Innenminister habe erst kürzlich in einer Sitzung einer solchen Gesellschaft erklärt, er werde im geeigneten Zeitpunkt die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften auflösen. Diese Rede des Sozialdemokraten wurde mit großem Lärm aufgenommen.

Staatsstreichgefahr in Finnland.

Warnung des Innenministers.

Helsingfors, 1. Dezember.

Innenminister von Born hat im Parlament eine Erklärung abgegeben, die allergrößtes Aufsehen hervorgerufen hat, denn der Minister gab zum ersten Male unumwunden zu, daß die Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich nicht unbegründet seien. Der Minister erklärte, daß die Behörden Vorbereitungen verschiedener Organisationen festgestellt hätten, die nach Lage der Dinge auf einen Staatsstreich deuten. Zum Teil geheim, zum Teil öffentlich, werde sowohl innerhalb der finnländischen Armee als auch des Schulkorps Propaganda für die Befreiung der verfassungsmäßigen Zustände durch einen Gewaltakt gemacht. Aus den Tagesbefehlen und den Verfügungen der staatsfeindlichen Organisationen gehe deutlich hervor, daß der Staatsstreich unmittelbar bevorstehe.

Staatliche Lohnkittatur?

Eine Idee aus dem Zollhaus.

Die Forderung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Löhne und Gehälter auf den Stand vom Januar 1927 zurückzuführen, mit der sich die Reichsregierung jetzt ernsthaft befaßt, beweist vor allen Dingen, daß unsere sogenannten Wirtschaftsführer wieder einmal am Ende ihres Lateins sind.

Was verlangen die Unternehmer immer wieder und was verlangt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ganz besonders in ihrer umfangreichen Denkschrift vom 26. September 1931 an den Reichstanzler? Nicht nur die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung und damit der Zwangsschiedsprüche, sondern man geht in dieser Denkschrift so weit, den staatlichen Eingriff in die Lohnregelung als wesentliche Ursache der Wirtschaftskrise zu bezeichnen.

Wenn dem so wäre, dann müßte die schematische Reduzierung der Löhne und Gehälter auf den Stand vom Januar 1927 zu einer Katastrophe führen.

Aber es ist hier wie immer und überall: Die Unternehmer sind zwar „grundfälsch“ gegen die Verbindlichkeitsklärung, tatsächlich aber sind sie es, die immer wieder den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung stellen, sobald ein Schiedspruch die Löhne abbaut und die sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtert. Es berührt diese Tatsache gar nicht, wenn die VDL in ihrer Eingabe an den Reichstanzler sagt, daß diese Praxis an der grundsätzlichen Haltung der Unternehmerverbände nichts ändert.

Was bedeutet volkswirtschaftlich in einer Krise eine behördlich angeordnete Lohnkittatur?

Die VDL sagt in ihrer Denkschrift über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, daß die besondere Schwere der Depression in Deutschland zurückzuführen sei „auf ständig steigende Kosten bei zurückbleibenden und in den letzten Jahren sogar sinkenden Erlösen“. Welche Kosten sind nun ständig gestiegen? Will man die verschiedenen Kostenfaktoren in der Produktion ermitteln, und ihren relativen Anteil am Produkt jeweils festlegen, dann darf man nicht, wie es die VDL tut, die absolute Höhe des Tariflohns in Vergleich ziehen mit der Höhe des Tariflohns zu einem anderen rein willkürlich gewählten Zeitpunkt. Wenn z. B. der Tariflohn eines Facharbeiters in der Berliner Metallindustrie heute 1,12 M. die Stunde beträgt und höher liegt, als im Januar 1927, so bedeutet das keineswegs, daß die Lohnkosten seit 1927 in der Berliner Metallindustrie gestiegen sind. Eine genaue Untersuchung würde vielmehr ergeben, daß

der Anteil der Lohnkosten seit Januar 1927 nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken ist.

In der Denkschrift der VDL heißt es u. a.:

„Da die Steigerung der Produktionskostenfaktoren: Steuern, Zinsen, Sozialabgaben und Lohn, die insgesamt an den Gesamtkosten der Unternehmungen einen durchschnittlichen Anteil von ungefähr 40 Proz. darstellen, nicht durch entsprechende Verbilligung anderer Kostenfaktoren ausgeglichen wurde, geht die starke Senkung des Preisniveaus ausschließlich zu Lasten des Ertrages der Unternehmungen.“

Damit gesteht die VDL indirekt, daß gerade dort gesündigt worden ist, wo die Unternehmer von sich aus die freie Möglichkeit haben, auf die Verbilligung der Kostenfaktoren hinzuwirken, daß sie aber von dieser Möglichkeit keinen oder einen falschen Gebrauch gemacht haben; denn zu den 60 Proz. der Gesamtkostenfaktoren, von denen die Denkschrift der VDL hier nicht spricht, gehört u. a.

die Aufblähung und Ueberförmung des Leitungsapparates, dazu gehört weiter die von der VDL an anderer Stelle ihrer Denkschrift zugegebene Fehlrationalisierung und Fehlinvestierung.

Was würde nun die unvermeidliche Folge sein, wenn man die Löhne ganz allgemein auf den Stand vom Januar 1927 senken würde?

Die unbedingt notwendige Vereinigung der Unternehmungen von den Schäden der Fehlrationalisierung und Fehlinvestierung würde nochmals hinausgeschoben, gleichzeitig aber die Kaufkraft weiter eingeschränkt werden. Da die Krise im wesentlichen verursacht ist durch die Ueberförmung und die kapitalistischen Fehlanlagen, die wiederum eine Zusammenkürzung der Kaufkraft zur Folge hatten,

würde die nochmalige allgemeine Zurückschraubung der Löhne und Gehälter eine Verschärfung der Krise bedeuten, deren Folgen gar nicht ausdenken sind.

Das Kapital hat seine Machtfüße zu sehr und zu schnell auf Kosten des Lohnes erweitert oder zu erweitern versucht. Das zahlen wir und das zahlt die gesamte deutsche Volkswirtschaft jetzt mit dieser ungeheuren Krise. Nun will man willkürlich die zu niedrigen Löhne und Gehälter zurückschrauben auf eine längst überholte Entwicklungsstufe, an der Ueberkapitalisierung aber nicht rütteln. Das ist volkswirtschaftlich gesehen, eine Idee aus dem Zollhaus.

In ihren sozialen und politischen Auswirkungen aber muß ein derartiger Versuch das gesamte öffentliche Leben in seinen Grundfesten erschüttern. Eine derartige einseitige reaktionäre Unternehmerpolitik von Staats wegen befürwortet, muß den Glauben an die Unparteilichkeit oder Ueberparteilichkeit des Staates vernichten.

Tarifbruch im Baugewerbe.

Haupttarifamt legt unter.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe hat sich jetzt vor die Front der Vorkämpfer für den Tarifvertragsbruch gestellt. Selbstherrlich hat es sich als Auslegungsinstanz für Vertragsbestimmungen erklärt, bei deren Festlegung es gar nicht mitwirkte. Es hat seine Entscheidung im Tarifamt der Bauarbeiter zu Gunsten der Unternehmer getroffen.

Es gab der Bestimmung, daß nochmals verhandelt werden müsse, wenn für einzelne Orte oder einzelne Gebiete keine Allgemeinverbindlichkeitsklärung ausgesprochen werde, allgemeinen Charakter, d. h. diese Bestimmung soll in jedem Fall Anwendung finden. Unter Maßnahmen, über die man sich verständigen soll, um zu neuen Abmachungen zu kommen, versteht das Haupttarifamt alles, was geeignet ist, die Hindernisse zu beseitigen, die einer Allgemeinverbindlichkeitsklärung entgegenstehen. Solche Maßnahmen könnten auch darin bestehen, daß die Ortsklassen oder die Lohnsätze geändert werden oder die Arbeitszeitdauer beschränkt werde. Ueberall da, wo sich der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit ein Hindernis entgegenstelle, solle durch ein besonderes Verfahren helfend eingegriffen werden, um die durch die Ablehnung bereits eingetretenen oder etwa zu erwartenden Nachteile zu vermeiden.

In den Tarifvertrag der Bauarbeiter wird hier ein Sinn gelegt, an den beim Abschluß keine Partei dachte. Der Spruch des Haupttarifamts entspringt jedoch der heute im Reichsarbeitsministerium herrschenden Auffassung in der Tarifvertragsfrage. Er sanktioniert die verschiedenen bereits vorliegenden bezirklichen Tarifbrüche.

Holzindustrielle gegen Tarif.

Eine große Kündigungaktion.

Die Unternehmer der Holzindustrie wollen offenbar im Frühjahr nächsten Jahres mit der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen der Holzarbeiter im ganzen Reich tabula rasa machen.

Mit dem Ablauf des im Juni 1929 vereinbarten zentralen Manteltarifvertrags für die deutsche Holzindustrie am 15. Februar d. J. hatte die Periode der reichsweiten Regelung der Arbeitsbedingungen her Holzarbeiter ihr Ende gefunden. In einer Anzahl von Bezirken gelang es dem Holzarbeiterverband nochmals, die Arbeitsbedingungen durch Bezirksverträge tariflich zu verankern, und zwar zumeist auf der Grundlage des abgelaufenen Reichstarifvertrags. In einigen Bezirken aber, so z. B. in Schlesien, Baden, dem Freistaat Sachsen usw. arbeiten die Holzarbeiter seit etwa Jahresfrist schon tariflos.

Zum 15. Februar oder 31. März nächsten Jahres sind nunmehr fast alle noch bestehenden Bezirksverträge von den Holzindustriellen gekündigt worden. Bis jetzt gekündigt sind die Manteltarifverträge für die Bezirke Bayern, Bremen, Halle, Hamburg, Hessen, Nassau, Mecklenburg-Schwerin, Schleswig-Holstein, Württemberg, Kassel, sowie der nur vom christlichen Holzarbeiterverband abgeschlossene, jedoch für allgemein verbindlich erklärte Tarifvertrag für den Bezirk Rheinland-Westfalen und der Ortstarifvertrag in Köln. Noch nicht gekündigt, jedenfalls bis jetzt nicht, sind die Verträge für Brandenburg, Sachsen-Anhalt, das Rheingebiet und Ostpreußen. Die bis jetzt gekündigten Tarifverträge regeln die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Urlaub usw. für etwa 40.000 Holzarbeiter. In Zeiten voller Beschäftigung waren in diesen Vertragsgebieten zwischen 80.000 bis 90.000 Holzarbeiter tätig.

Obwohl die Unternehmer in ihren Kündigungschriften keine Gründe für ihr Vorgehen mitgeteilt haben, ist nach den bisherigen Erfahrungen der Holzindustriellen sicher damit zu rechnen, daß sie die zur Zeit äußerst schlechte Beschäftigungslage dazu benutzen wollen, von allen vertraglichen Bedingungen freizukommen.

Gegen die Notverordnungspolitik.

Gaukonferenz für Brandenburg-Grenzmark.

Der Gesamtverband, Wirtschaftsbezirk V, Brandenburg-Grenzmark, hielt dieser Tage im Gewerbegerichtshaus in Berlin eine Konferenz für die in den Brandenburgischen Landesanstalten beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten und für die Beamten und Angestellten der Gemeinden ab. Dreißig Delegierte waren anwesend. Das einleitende Referat hielt der Genosse Scherff vom Beamtensekretariat des Gesamtverbandes über das Thema: „Die Notverordnungspolitik, ihre Ursache und Wirkung.“

Brückner von der Bezirksleitung des Gesamtverbandes sprach dann über die Eingriffe des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg in die Befolgsordnungen der brandenburgischen Provinzialbeamten und der Beamten und Angestellten der Stadtgemeinden sowie über den Stand der Verhandlungen über den Lohnvertrag für die Brandenburgischen Landesanstalten. Konnte man die durch den brandenburgischen Provinzialausschuß am 8. Oktober erfolgte Neufestsetzung der Befolgsordnung noch als einigermaßen günstig und gerecht anprechen, so ist von der Revision des Oberpräsidenten zu sagen, daß sie in völlig ungerechter Weise besonders die unteren und mittleren Beamtengruppen benachteiligt. Gehaltsverluste von 27 und 29 Proz. sind in diesen Gruppen einfach untragbar. Der kommenden Sitzung des Provinzialausschusses liegt bereits ein Antrag des Gesamtverbandes vor, die Provinzialverwaltung zu ermächtigen, das Schiedsgericht gegen das Diktat des Oberpräsidenten anzurufen.

Genosse La Grange versicherte den Funktionären des Gesamtverbandes der tatkräftigen Mithilfeleistung durch die sozialdemokratische Fraktion im Provinziallandtag und -ausschuß.

Es wurde eine Entschlieung angenommen, die sich gegen die überlange Arbeitszeit in den Betrieben des Gesundheitswesens, besonders in den Brandenburgischen Landesanstalten richtet, weiter eine Entschlieung gegen die schweren Auswirkungen der preussischen Sparverordnung und des Diktats des Oberpräsidenten.

„Revolutionäre“ bei Siemens.

Anfangbar feige.

Aus dem Siemens-Konzern wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne“ vom Dienstag bringt einen Bandwurmartikel, in dem sie sich über den „Vorwärts“ entrüstet. Der große Schweizer Czoch, kommunistisches Betriebsratsmitglied, versucht sich hier reinzumachen. Czoch und seine Anhänger haben in ihrer Presse sowohl wie in aller Öffentlichkeit Erwerbslose aufgefördert, Wohlthaten der Firma Siemens abzulehnen. (Die Firma Siemens gibt täglich 2000 Freieisen für ehemalige, jetzt arbeitslose Konzernangehörige.) Dieselben Leute wenden sich aber vertrauensvoll an die Fürsorgeanstalt von Siemens mit einem Bittgesuch um Unterstützung.

Wir erinnern noch an folgenden Vorgang: Anlässlich der Besichtigung der Lehrwerksfabrik sagte der Obermeister zu Czoch laut Protokoll:

„Sagen Sie mal, Herr Czoch, wer bestimmt das, daß ich ab-

geseht werden soll? Bestimmen Sie das oder bestimmt das ein Tintenfaß aus der „Roten Fahne“ oder ein anderes Blatt, was ich nicht mal mit der Zunge anfasse?“

Czoch schwieg. Als ihm die Schandthaten seines Verhaltens während der Verhandlung mit der Firmenleitung in der Gesamtbetriebsratsitzung vorgehalten wurden, schwieg er wieder. Alle Forderungen, die man vorher in der „Roten Fahne“ (sowohl wie in anderen kommunistischen Blättern veröffentlichte, ließ Czoch unter den Tisch fallen.

In einer anderen Verhandlung mit der Betriebsleitung mußte sich Czoch vom Firmenvertreter folgendes sagen lassen:

„Der Inhalt der Flugblätter ist ein hundsgemeiner großer Schwindel. Wenn wir ein Flugblatt herausgeben würden, dann würde eine Bombe platzen. Die Arbeiterschaft würde erkennen, was für ein Verbrecher als Vertreter der SPD. hier in ihren Reihen ist. Die Flugblätter werden auch für Sie, Herr Czoch, ein Raubspiel haben. Würden Sie, Herr Czoch, dem Verbreiter dieser Lügen, meine Ansicht weitergeben, daß er ein ganz feiger Lügner ist?“

Czoch darauf: „Ich erkläre nochmals, mich zu bemühen, die Sache richtigzustellen. Kann ich den Namen des Vertreters der SPD. bekommen, um mit solchen Leuten in unseren Reihen aufzuräumen?“

Alles das und noch einiges mehr kann man in einem von Czoch unterschriebenen Protokoll nachlesen. Feiges Besindel!

Die RGD. bekommt Zuwachs.

Die „Rote Fahne“ macht anlässlich der bevorstehenden Betriebsratswahl bei Tieg eine riesige Reklame mit den drei „reformistischen“ Betriebsräten dieses Warenhauskonzerns, die zur RGD. übergetreten sind. Sie verschweigt aber geistlich, daß zwei von ihnen deshalb verdrängt waren, weil sie infolge ihrer mehrfachen Preisgabe der gewerkschaftlichen Grundzüge nicht mehr an aussichtsreicher Stelle auf der „reformistischen“ Liste kandidieren durften, auf der RGD.-Liste jedoch an erster Stelle. Der dritte Ueberläufer wurde von den „Reformisten“ wegen seines offenen Eintretens für die RGD.-Parolen überhaupt nicht mehr aufgestellt. Das sind die Kraftmensen, die auf der RGD.-Liste nun „für Brot und Freiheit“ kandidieren.

Wie trübenbedürftig die RGD. bei Tieg ist, zeigt am besten die von ihr kürzlich einberufene öffentliche Betriebsversammlung, die nach dem Bericht der „Roten Fahne“ von „glänzender Kampfstimmung getragen war“. Von den rund 3000 Arbeitern und Angestellten des Tieg-Konzerns waren 54 Mann erschienen; davon waren 11 Freigewerkschafter, die sich mit den RGD.-Leuten einmal auseinandersetzen wollten, von dem Rest war etwa die Hälfte Betriebsstremde. Nachdem man den Freigewerkschaftern die Diskussionmöglichkeit genommen hatte, verließen diese den Versammlungsraum. Sie warnten die Zurückbleibenden, nicht etwa noch Betriebsstempel auf ihre Kandidatenliste zu setzen, auf deren Anwesenheit zuvor ein RGD.-Mann aufmerksam gemacht hatte. Und dieses Häuflein hat dann mit Mühe und Not eine RGD.-Liste zusammengebracht, die aber mangels Masse nicht einmal vollständig ist.

Die Arbeiter und Angestellten der Warenhäuser Tieg werden diesen Vorträdalen am 10. Dezember die richtige Antwort geben und ihre Stimmen für die freigewerkschaftliche Liste 1 abgeben.

Auflösung.

Kritikieren ist leicht...

Paris, 1. Dezember. (Eigenbericht.)

Der kommunistische Gewerkschaftsbund befindet sich im Stadium der Auflösung. Schon nach dem Kongress, den er vor kurzem in Paris abgehalten hat, machte sich eine starke Opposition gegen die dort gefassten Beschlüsse unter den kommunistischen Parteimitgliedern bemerkbar. Die Widerheit hat dieser Tage in der Pariser Arbeitsbörse eine Versammlung abgehalten, in der nach einer stürmischen Debatte eine Tagesordnung, die trotz Meinungsverschiedenheiten die weitere Zugehörigkeit zum kommunistischen Gewerkschaftsbund verlangte, mit großer Mehrheit abgelehnt und an ihrer Stelle eine Entschlieung angenommen wurde, die den Gewerkschaften und Departementverbänden völlige Freiheit in bezug auf ihre Haltung läßt. Daraufhin haben die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder der Staats-eisenbahn beschlossen, wieder dem allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT.) beizutreten. Ebenso sind zahlreiche kommunistische Erdarbeiter der Pariser Gegend zum sozialistischen Gewerkschaftsbund zurückgekehrt. Gerade die Eisenbahner und die Bauarbeiter bildeten bisher die stärksten Gruppen des kommunistischen Gewerkschaftsbundes.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute am 19. d. M. tagen die Gruppen: Baumhüttenweg; Jugenheim Pankow; Jugenheim Prenzlauer Berg; Jugenheim Mitte; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Spandau; Jugenheim Hakenfelde; Jugenheim Grunewald; Jugenheim Borsig; Jugenheim Köpenick; Jugenheim Neukölln; Jugenheim Tempelhof; Jugenheim Tiergarten; Jugenheim Wilmersdorf; Jugenheim Westend; Jugenheim Zehlendorf; Jugenheim Charlottenburg; Jugenheim Sp